

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 3 Mark, für das übrige Ausland
 5 Mark pro Monat.

Erhältlich auch außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Zeile
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Beiträge
 und Besprechungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 enden bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 2 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Kedaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 25. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Väterchen bei Wilhelm II.

Am Freitag der letzten Woche kam die Kunde, daß eine Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem Zaren in den finnischen Küstengewässern stattfinden werde. Die amtlichen Stellen in Berlin erklärten, nichts von dem Plan zu wissen, und Herr v. Witte, der russische Friedensunterhändler, war erstaunt, als ihn in Paris die Mitteilung erreichte; er erklärte, daß bei seiner Abreise aus Petersburg diese Absicht noch nicht bestanden habe. Mittlerweile ist die Zusammenkunft Tatsache geworden. Und das Merkwürdige ist, daß in diesem Falle das plötzliche Ereignis anscheinend nicht auf einen plötzlichen Entschluß des deutschen Kaisers zurückzuführen ist, sondern auf einen seit längerer Zeit, aber mit der größten Heimlichkeit vorbereiteten Plan des Zaren. Gewiß war es kein geringes Unternehmen des Zaren, aus der luftdichten Gefangenschaft, der er in Peterhof unterliegt, eine kurze Frist zu entkommen. Er hat das Wagnis vollbracht. Er verließ am Sonntagvormittag Peterhof und traf bei der Insel Björkö, wenige Meilen von Kronstadt entfernt, den deutschen Kaiser.

Welch Wiedersehen! Als die beiden Herrscher sich zuletzt sahen, da entwandte der deutsche Kaiser von seinem Schiffe aus an die russische Küste das berühmte drahtlose Telegramm: Der Admiral des Atlantischen Ozeans grüßt den Admiral des Stillen Ozeans! Mittlerweile hat der Admiral des Stillen Ozeans nicht nur jeden Einfluß auf diesem Ozean, sondern seine ganze Marine verloren. Der Entschluß, jetzt als Besieger in Ostasien und in äußerster Bedrohung durch den Aufstand in eigenen Reich mit dem deutschen Kaiser zusammenzutreffen, dürfte ihm nicht leicht geteuer sein. Weiß man doch auch, daß wenigstens in früheren Jahren das persönliche Verhältnis zwischen den beiden Herrschern keineswegs ein besonders freundliches gewesen ist. Gleichwohl kann man verstehen, daß es für den Zaren in der derzeitigen Situation, die ihm über den Kopf wächst, trübselig sein mag, den Berufsgenossen des Nachbarlandes zu sehen und vielleicht einige Stärkung zu gewinnen. Hat doch auch Nikolaus über den Orden Pour le mérite, welcher dem japanischen Eroberer von Port Arthur telegraphisch angewiesen wurde, nicht vergessen, daß der deutsche Kaiser, da zuerst die stolze russische Flotte schweren Verlust erlitt, ihm das Trostwort sandte: Russische Trauer ist deutsche Trauer!

In der Presse aller europäischen Staaten hat diese Zusammenkunft die mannigfachsten Vermutungen erregt. Man ergeht sich in den verschiedensten Kombinationen: Was will der Zar vom Kaiser? Welche Ratsschlüsse wird der Kaiser dem Zaren erteilen? Handelt es sich um den Friedensschluß? Handelt es sich allgemein um die Gestaltung der russisch-deutschen Beziehungen?

Es wäre unbillig, dem deutschen Kaiser zuzumuten, daß er dem Zaren den Ratsschlag liberaler Reformen und der Einführung einer ernsthaften Verfassung in Russland erteilen soll. Wenn der deutsche Kaiser auch nicht verkennen wird, daß weitgehendes persönliches Regiment sich mit einer Konstitution, wie sie in Deutschland besteht, abfinden kann, so kann man gleichwohl nicht annehmen, daß er auch nur für sein eigenes Land ein begeisterter Vertreter konstitutioneller Einrichtungen sein muß. Russland gilt aber der preussisch-deutschen Politik seit jeher als diejenige Macht in Europa, die das Vordringen liberaler und demokratischer Bewegungen auch in den anderen Ländern zurückzudrängen vermag. Der Herrscher, dessen Kanzler das höfische Wort von den „Schornsteinen und Verschwörern“ sprach, wird gewiß nicht zu Konzeptionen an die „Schornstein- und Verschwörer“ raten.

Welche Ratsschlüsse immer der deutsche Kaiser für die inneren Zustände Russlands erteilen mag, man darf nicht annehmen, daß die Ratsschlüsse irgend einer Persönlichkeit auf den wirklichen Verlauf der russischen Ereignisse einen irgendwie bedeutenden Einfluß üben können. Diese Ereignisse werden durch andere Kräfte bestimmt und wenn der Zarismus sich selbst nicht zu helfen vermag, so kann ihm auch die freundschaftliche Beratung nichts nützen. Immerhin muß aber das Zusammenreffen des deutschen Kaisers mit dem Zaren die Annahme erwecken, als bestände die Absicht, in die inneren russischen Verhältnisse einzugreifen und den Zarismus zu stützen in einer Zeit, wo die russische Freiheitsbewegung in heroischem Vornarsch ist und wo alle freiheitlichen Kreise Deutschlands und ganz Europas mit der russischen Freiheitsbewegung leben. Diese mißtrauische Annahme kann auch dadurch nicht beseitigt werden, daß der oberste verantwortliche Beamte des Deutschen Reiches Fürst Bülow oft und aufs intensivste betont hat, daß der Deutsche sich in die Angelegenheiten anderer Staaten in keiner Weise einmischen dürfe. Weiß man doch nicht, ob diese Forderung der Nichteinmischung sich nur gegen diejenigen richtet, die zugunsten der russischen Freiheit eintreten oder auch gegen diejenigen, welche, wie man von dem deutschen Kaiser vermuten muß, für den Bestand der russischen Reaktion sich verwenden. Die deutsche Arbeiterklasse vermag darum den Vorgang in Björkö nur mit größtem Mißtrauen zu betrachten. Sie erachtet jede Annäherung des Repräsentanten Deutschlands an das zaristische Russland als eine Demonstration für den Zarismus und gegen die russische Freiheitsbewegung. Die Zusammenkunft dieser beiden Herrscher kann nur auf reaktionäres Unheil deuten!

Diese Deutung ist auch unabweislich, sofern nicht die inneren russischen Angelegenheiten, sondern auswärtige Verhältnisse in Betracht kommen. Wir haben wiederholt auf die Unsicherheit aller auswärtigen Beziehungen gewiesen und der überforschende Besuch Wilhelms II. bei dem Zaren ist nur ein neues, besonders auffälliges Zeichen dieser Unsicherheiten und Schwankungen aller auswärtigen Beziehungen der Großmächte. Die Kaiserzusammenkunft von Björkö erscheint als ein Versuch, die Friedensverhandlungen günstig für

Russland zu beeinflussen. Und zugleich würde eine deutsch-russische Annäherung eine Demonstration gegen die französisch-englische Entente bedeuten; Rückwirkungen einer solchen Annäherung auf die französisch-russische Allianz wären unabweislich. Wenn aber die französische Demokratie das Bündnis mit dem bluttriefenden Zarismus versem und abschütteln will, so weisen es alle freiheitlichen Schichten des deutschen Volkes aufs allerstärkste zurück, daß Deutschland dem Russland des Zarentums noch intimer angeleitet wird als schon bisher. Das deutsche Volk haßt und verachtet den russischen Zarismus, es verteidigt jede Annäherung an die barbarische Blutherrschaft!

Meldungen von der Zusammenkunft.

Petersburg, 23. Juli. Der Kaiser ist heute nach Finnland abgereist.

Petersburg, 24. Juli. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Der Kaiser hat gestern vormittag um 11 Uhr Peterhof verlassen. Im Gefolge befinden sich außer dem Hofminister Baron Frederiks, Hofmarschall Graf von Benedendorff, der Marineminister, sowie der Kommandeur der Gardeequipe Nikolow und der frühere Kommandant des Kreuzers „Kowit“ und des Panzers „Sewastopol“ Kapitän I. Ranges Essen.

Björkö, 24. Juli. Der deutsche Kaiser hat die Reiseroute geändert und ist um 9 Uhr vor Björkö gegenüber von Kronstadt eingetroffen.

Björkö, 24. Juli. (Amtliche Meldung.) Nachdem gestern Abend der Kaiser von Russland mit den Herren der Umgebung zur Abendtafel auf der „Hohenzollern“ anwesend war, hat heute der Kaiser Frühstück und Mittag auf dem „Polarstern“ eingenommen.

Petersburg, 24. Juli. Der deutsche Kaiser und Kaiser Nikolaus trafen sich gestern nachmittag auf See in den Schären bei Björkö. Abends fand auf dem „Polarstern“ ein Galabier statt. Heute abend trifft Kaiser Nikolaus wieder in Peterhof ein.

Russische Reaktionshoffnungen.

Aus Petersburg wird dem „V.“ telegraphiert: Die Begegnung des Zaren mit Kaiser Wilhelm in den finnischen Schären wird in allen maßgebenden Kreisen lebhaft erörtert. Der Zar ist zwar nur von seinem Bruder und einer kleinen Suite begleitet, aber niemand verkennt hier angeichts der furchtbar schwierigen politischen Lage Russlands die historische Bedeutung dieser Zusammenkunft. Man betont, daß Russland sich der traditionellen deutschen Freundschaft auch während des russisch-japanischen Krieges zu erfreuen hatte, und schöpft neue Zuversicht für eine baldige Besserung der inneren und äußeren Verhältnisse des Reiches aus dieser vor aller Welt bekundeten Anhänglichkeit des deutschen Kaisers.

Frankreich und Russland.

Paris, 23. Juli. In einem Artikel des „Temps“ über die Unterredung Wittes mit Roudier heißt es: Die russische Regierung ist der Ansicht, daß die Allianz mit Frankreich ihre Verpflichtung auferlege, das französische Kabinett über ihre Anschauungen in betreff der bevorstehenden Friedensunterhandlungen zu unterrichten. Auch die finanziellen Seiten dieser Frage sowohl für die nähere als auch für die weitere Zukunft wurden erörtert. Im übrigen ist die Uebereinstimmung zwischen beiden Regierungen, die unversehrte Aufrechterhaltung des Bündnisses betreffend, festgestellt. Dasselbe wurde als ebenso wünschenswert wie anerkannt, da es den Einfluß der russischen und französischen Politik auf den verschiedenen Gebieten sichern solle, wo sich die beiden Staaten gegenseitig diplomatischen Beistand leisten können.

Paris, 24. Juli. Petersburger Korrespondenten Pariser Blätter versuchen es so darzustellen, als ob man in einflussreichen russischen Kreisen die Zusammenkunft der Monarchen nicht gerne sehe. Man erblickt in derselben ein Gegenstück zu dem plötzlichen Kaiserbesuch in Tanger. Selbst in hohen Kreisen kenne man die Tragweite der Entree nicht. Freunde Wittes erklären, daß dieser bei seiner Abreise von der Absicht des Zaren keine Kenntnis hatte. Witte wünscht den Frieden unter annehmbaren Bedingungen und seine Ansicht deckte sich bisher mit der zahlreicher bedeutender Persönlichkeiten Petersburgs, welche befürchten, daß die Unterredung des Zaren in Frankreich wegen der jüngsten Marokko-Affaire einen schlechten Eindruck machen könnte und ebenso in London, während Russland gerade nach dem Friedensschlusse mit Frankreich und England das beste Einvernehmen pflegen möchte.

Jaurès schreibt, wie dem „V.“ telegraphiert wird, in der „Gumanité“: „Es ist eine schwere Verantwortung, die Kaiser Wilhelm übernimmt, indem er mit dem Zaren an Bord der „Etoile Polaire“ zusammentrifft. Die ganze Welt wird denken, daß der verängstigte Nikolaus II. an seinen Nachbar appelliert, um seinen Rat über die innere wie die äußere Politik zu erbitten. Man weiß oder glaubt, daß der schwache Geist des Zaren nicht dem stärkeren oder doch stürmischeren Geiste des Kaisers widerstehen kann, und die ganze Menschheit wird die Entschlüsse Nikolaus II. auf die Ratsschlüsse Wilhelms II. zurückführen. Möchte der Kaiser den Zaren ermutigen, in der absolutistischen Tradition zu verharren, so hieße das, sich der ganzen europäischen Bewegung entgegenzustellen. Selbst Deutschland hat, obgleich es ein Polizeistaat geblieben ist, auf dem Wege zur Freiheit fortschreiten müssen. Jedenfalls, selbst wenn der Kaiser dem Zaren seine Ratsschlüsse über die innere Politik Russlands geben sollte, wird doch niemand glauben, daß er es nicht getan habe. Man kennt ihn für impulsiv, und es ist allzu natürlich, daß der Zar selbst ihn um seine Meinung bitten wird. Die Folgen können ernst sein, denn wenn der Zar nach seiner Rückkehr den Wünschen der Nation Widerstand leistet, wenn er den Willen der liberalen Massen verkennt, oder sie zu überlisten versucht, so wird das freisinnigstehende Russland nicht nur gegen ihn, sondern gegen seinen Ratgeber Wilhelm II. kämpfen. Wenn der Zarismus für eine Weile steht, so ist Wilhelm II. in den Augen des russischen Volkes und der zivilisierten Nationen mitschuldig an allen Grausamkeiten mit denen die despotische Bürokratie sich für ihre lange Schreckenszeit rächen wird. Wenn dagegen der Zarismus

beseigt wird, trifft dieser Schlag auch den deutschen Kaiser.“ Jaurès wendet sich dann zu der äußeren Politik und glaubt, es werde da alles beim alten bleiben. Russland werde fortfahren, sich gleichzeitig mit Frankreich und Deutschland gut zu stellen.

Clémenceau sagt in der „Aurore“: „Witte war aufhetzender, über die Kaiserbegegnung eine vernünftige Auskunft zu erteilen. Das bringt eine bedauerliche Dunkelheit in seine Unterredung mit Roudier. Die Fahrt des „Polarsterns“ ist eine schlechte Vorbereitung für die guten Dienste, um die zu derselben Stunde Witte unsere Regierung ersucht. Wir erweisen Russland sicher einen Dienst, wenn wir es zum Friedensschlusse drängen; aber Russland irrt, wenn es glaubt, daß wir ihm die Mittel zum Frieden liefern werden, wenn wir damit ein russisch-deutsches Bündnis gegen Frankreich unterstützen würden.“

Die Solidarität der Throne.

Zur Erinnerung an das, was die Herrscher Preußens und Deutschlands auf der einen und des russischen Reiches auf der anderen Seite sich zu sagen und zu bieten haben, sei an einige historische Vorgänge erinnert.

Sah sich in Preußen der Absolutismus durch freiheitliche Volksbewegungen bedrängt, so kamen reaktionäre Ratsschlüsse aus Petersburg. So war es 1861. Im Oktober 1861 ernannte Zar Nikolaus I. den damaligen preussischen Ministerpräsidenten der Konterrevolution von Rantkeuffel zum Ritter des Alexander-Newski-Ordens in Anbetracht seiner „beständigen Anstrengungen zur Befestigung der geselligen Ordnung in Preußen“. Schon im Januar des genannten Jahres hatte der preussische Gesandte in Petersburg an den preussischen Ministerpräsidenten schreiben dürfen: „Der Zar würde es allerdings gemessen haben, wenn im November 1848 beim Einrücken des Generals von Wrangel in Berlin die Revolution in der Wurzel unterdrückt worden wäre. Der Zar ist fernher der Ansicht, daß es noch andere Momente gegeben habe, wo man keine schlechte Konstitution hätte zu geben brauchen.“ Und kurz vor der Verleihung des Ordens schrieb derselbe Petersburger Gesandte, Herr von Roschow, an den Ministerpräsidenten: „Der Zar rechnet mit Zuversicht darauf, daß das königliche Ministerium unter Hochhero Führung den Kammern gegenüber mit aller Entschlossenheit die Rechte der Krone verteidigen und die konservativen Grundsätze zur Geltung bringen lassen werde.“ Ferner verfügte zur selben Zeit Zar Nikolaus nach Berlin: „Für die bevorstehende Not im westlichen Deutschland muß Rat geschaffen werden. Aufstände züchtigt man scharf, die Verfälscher der Volkstafel lasse man schonungslos bluten, Rücksicht gegen sie ist Grausamkeit gegen das Volk. Unliebame Kammern schicke man nach Hause.“ Das waren die russischen Einmischungen, als in Preußen das Volk die „konservativen Grundsätze“ ein wenig bedrohte!

Wie aber Preußen-Deutschland den Zaren beriet, das zeigen die interessanten, anfangs der Vier Jahre in London erschienenen Dokumente aus dem Nachlaß des Grafen Boris Melikoff. Als Alexander II. infolge der Herrichtung seines Reiches nach dem türkischen Kriege und dem Berliner Kongreß von 1878 auf Anraten Melikoffs daran dachte, Russland den Schein einer Verfassung zu geben, holte er auch den Ratsschlag Wilhelms I. ein. Dieser warnte in einem Handschreiben an Alexander I. vor den „Klappen, die bei der Verleihung einer Konstitution zu vermeiden notwendig ist“. Wilhelm I. sprach sich ebenso interessant wie offen dahin aus, daß es in dieser Hinsicht der Vermeidung der Klappen dem preussischen König besser gelungen sei, wie dem deutschen Kaiser. „Aber“, setzte er hinzu, „trotz dieser Umschiffung ist es für die preussische Regierung nicht leicht, mit den Schwierigkeiten des parlamentarischen Regimes zu kämpfen“. Und so rät der kaiserliche Onkel dem zarischen Knecht, daß er mit dem Umschiffen der Klappen noch vorsichtiger sein soll, als man es in Preußen gewohnt ist. Alexander solle vermeiden: 1. allgemeines Wahlrecht; 2. jährliches Budget; 3. Zivilliste und 4. Parlamentarismus überhaupt. Dagegen befristete Wilhelm I.: 1. einen Jenus; 2. dreijähriges Budget mit der Reichskräftigkeit des verlassenen Budget im Falle die repräsentative Körperschaft ein neues Budget verweigern sollte; 3. die Beibehaltung der Domänen als kaiserliches Privateigentum; 4. keine unbeschränkte Press- und Lehrfreiheit; 5. Zweikammersystem.

Seit den Tagen der heiligen Allianz dauert diese Solidarität des monarchischen Absolutismus. Man kann verstehen, daß der Zusammenbruch des Zarismus auch die anderen Monarchenkollegen nicht ungerührt läßt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Juli.

Schutz des Wahlrechts!

Bei der letzten Reichstagswahl im neunten hannoverschen Wahlkreise (Sameln, Ersatzwahl für den verstorbenen Abg. Walbrecht) hatte der Wahlvorsteher Stille in Latwehren ein ihm übergebenes Wahlkubert geöffnet, den darin enthaltenen Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten Wey herausgenommen und dem Wähler einen Stimmzettel für den Kandidaten des Bundes der Landwirte in die Hand gedrückt mit der energischen Aufforderung, diesen zu wählen. Der protestierende Wähler ging aufs neue in die „Wahlzelle“ und steckte einen anderen sozialdemokratischen Stimmzettel in das Kubert, das

Der Wahlvorsteher scheinbar ordnungsgemäß in die Urne legte. Einige Tage später gab ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes, Vollmeier Karstorf, dem Wähler unter allerhand beleidigenden Ausfällen zu verstehen, daß er dessen sozialdemokratische Abstimmung erpäßt habe, also das gesetzlich garantierte Wahlgeheimnis doch verletzt war. Die Sache wurde nunmehr der Staatsanwaltschaft in Hannover angezeigt. Diese aber antwortete:

Ich sehe mich nicht veranlaßt, die öffentliche Klage zu erheben. In dem Verhalten des Wahlvorstehers Stille, wie es in dem Schreiben des August Möller (Name des Wählers) dargestellt ist, ist eine strafbare Handlung nicht zu erblicken. Nach § 107 des Strafgesetzbuches ist strafbar, wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen. Dieses Vergehen hat sich Stille nach dem Schreiben des August Möller nicht schuldig gemacht. Nach § 108 des Str.-G.-B. wird bestraft, wer in einer öffentlichen Angelegenheit mit der Sammlung von Wahl- und Stimmzetteln oder Zeichen oder mit der Führung der Beurkundungsbehandlung beauftragt, ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung vorsätzlich herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht. Auch das liegt nach der Erklärung des August Möller nicht vor, da Möller, trotz der Verurteilung Stilles, ihn unzustimmen, doch seinen ursprünglichen Wahlzettel abgegeben hat. Ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung ist also nicht herbeigeführt. Der Versuch des in § 108 des Strafgesetzbuches bezeichneten Vergehens ist nicht strafbar.

Es liegt daher auf Seiten Stilles eine strafbare Handlung nicht vor. In dem Verhalten des Vollmeiers Karstorf kann höchstens eine Beleidigung des August Möller erblickt werden. Wegen dieser Beleidigung kann nur auf Antrag Möllers eingeschritten werden. Die Erhebung der öffentlichen Klage wegen der dem August Möller zugesetzten Beleidigung würde übrigens nicht im öffentlichen Interesse liegen.

Wenn die hannoversche Staatsanwaltschaft die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen wirklich richtig interpretiert hätte, wäre das Wahlrecht in der Tat völlig ohne Säug. Die „Frankf. Ztg.“ äußert indes Zweifel an der Richtigkeit der staatsanwaltschaftlichen Auslegung der beiden Paragraphen. Und das sehr mit Recht. Denn ohne Zweifel hat der Wahlvorsteher den Versuch gemacht, durch Gewalt die freiwillige Stimmabgabe zu verhindern. Oder sollte erst dann Anwendung von Gewalt vorliegen, wenn der Wahlvorsteher dem Wähler einen Revolver vorgehalten hätte? Daß das Vorgehen des Wahlvorstehers erfolglos blieb, ist ohne Belang, da nach § 107 schon der Versuch strafbar ist. Auch § 108 hätte zur Anwendung gelangen müssen. Denn nach einer Reichsgerichts-Entscheidung ist „die vorsätzliche Herbeiführung eines unrichtigen Ergebnisses der Wahlhandlung“ bereits in dem Augenblick vollzogen, in welchem die die Geheimschuldigkeit in sich fassende Handlung ausgeführt wurde, also hier in dem Augenblick, wo der Wahlvorsteher das Wahlkloster öffnete und den Stimmzettel herausnahm; der Feststellung des Ergebnisses durch den Wahlvorstand bedarf es keineswegs.

Die Akten über den Fall schamloser Wahlfälschung dürfen deshalb noch keineswegs als geschlossen betrachtet werden!

Die Zwangspolizei in Nordschleswig vor dem Kieler Landgericht.

Ein Prozeß von politischer Bedeutung hat am Montag vor der Ferienkammer des Landgerichts Kiel seinen Anfang genommen. Es handelt sich um den einen von zwei Prozeßen, die auf Strafantrag des Landrates im Kreise Hadersleben und eines dortigen Amtsgewaltigen gegen den Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ Ivers und gegen den dänischen Landtagsabgeordneten S. P. Hansen angestrengt worden sind. Die Verhandlung gegen den in Apenrade wohnenden Abgeordneten Hansen wird in einiger Zeit in Flensburg erfolgen, falls nicht die Kieler Verhandlung so ausläuft, daß der Flensburger Staatsanwalt von seinem Prozeß absieht. Der in Kiel angeklagte Redakteur Ivers ist beschuldigt, durch einen Artikel in der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ den Landrat Wehner und den Amtsvorsteher Valentiner beleidigt zu haben.

Es handelt sich bei der Sache um einen Akt aus dem Gebiete der nordisch-schwedischen Zwangspolizei, und zwar speziell um die Frage der Optanten sowie der Ausweisungen. Am 28. Januar 1902 wurde der Hofbesitzer E. F. Finne mann, der 6 Jahre Gemeindevorsteher und Kreisabgeordneter und 20 Jahre Schulvorsteher gewesen war, und den man jetzt für einen Nichtpreußen erklärte, von Amtswegen gezwungen, Deutschland zu verlassen. Vierzehn Tage später wurde sein Sohn R. F. Finne mann mit vierzehntägiger Frist ausgewiesen, weil sein Vater ein dänischer Staatsangehöriger und er somit kein Reichsdeutscher sei. Der Vater E. F. Finne mann griff zu dem einzig möglichen Mittel, mit dem in solchen Fällen ein Nichtdeutscher eine gerichtliche Entscheidung erlangen kann, er legte ohne Erlaubnis über die Grenze zurück. Daraufhin wurde er verhaftet und dann, wie es sein Wunsch war, wegen der Straftat der unerlaubten Rückkehr angeklagt. In diesem Prozeß erlangte das Oberlandesgericht in Kiel als höchste Instanz, daß der Ausweisungsbefehl ungültig sei, weil aus den festgestellten Tatsachen hervorgehe, daß E. F. Finne manns Option für Dänemark nicht rechtsgültig gewesen sei, und daß er somit ein Inländer sei, den man nicht hätte ausweisen dürfen. Eine Option, d. h. die Erklärung eines Nordisch-Schweden, daß er nicht Preuze sondern Däne sein wolle, werde nach der bestehenden Rechtsprechung erst dann gültig, wenn 1. eine Optionserklärung vorliegt und dieser 2. ein längerer Aufenthalt im Auslande mit der Absicht dauernder Niederlassung gefolgt sei. E. F. Finne mann hatte in dem Prozeß bewiesen, daß er zwar optiert habe, dann aber nur 3-4 Tage, also nicht genügend lange in Dänemark gewesen sei, und daß er sich kurz nach der Option sogar zu der preussischen Ausweisung gestellt habe. Diese Tatsachen waren es, die das Oberlandesgericht in Kiel zur Freisprechung veranlaßten. Solange der Prozeß des Vaters währte, hatte man die Sache des Sohnes ruhen lassen. Nun aber ging man gegen den Sohn vor, und trotzdem das höchste Gericht den Vater als Deutschen anerkannt hatte, war beim Ausgang dieses Verfahrens das Oberlandesgericht genötigt, auf Grund der festgestellten Tatsachen, an denen das Revisionsgericht ja nicht rühren kann, zu erkennen, daß R. F. Finne mann Däne sei, weil sein Vater E. F. Finne mann Däne sei. Also das gleiche Gericht, das den Vater als Deutschen anerkannt hatte, war nun gezwungen, den Sohn für einen Dänen zu erklären, weil ein untergeordnetes Gericht „tatsächlich festgestellt hatte“, daß der Vater doch Däne sei.

In dem Prozeß gegen Finne mann, Sohn hatten ein Gendarm und eine Frau aus Esbjerg in Jütland bekundet, daß Finne mann Vater, längere Zeit in Dänemark sich aufgehalten habe. War das richtig, so wäre E. F. Finne mann in der Tat Däne gewesen. Nun wurde aber dem Gendarmen schon vor dem Landgericht nachgewiesen, daß er um die Zeit, wo er gesehen haben wollte, daß E. Finne mann wegen Aufenthalts in Dänemark längere Zeit auf seinem nordschleswischen Hofe gefehlt habe, noch gar nicht in jener Gegend Gendarm gewesen sei. Das Urteil, Finne mann sei Däne, stütze sich demnach allein auf die Aussagen der erwähnten Frau Bobil Hansen aus Esbjerg, die eine schwankende aber immerhin für Finne mann ungünstige Aussage gemacht hatte.

Seitdem ist nun aber bekannt geworden, daß diese Zeugin Hansen erzählt hat, sie habe für ihre Aussage 20 Mk. in bar erhalten und der Landrat habe ihr zusammen mit dem Amtsvorsteher Valentiner eine Belohnung von 2000 Mk. in Aussicht gestellt, wenn

ihre Aussage dazu beitragen könnte, daß Finne mann gefaßt würde. Unter diesen Umständen, die, wenn sie auch nicht die Beamten wirklich beschuldigen, doch mindestens die einzige Belastungszeugin als leichtfertige Schwärzerin erscheinen lassen, haben die Dänen alles versucht, die Finne mann-Sache wieder vor Gericht zu bringen. Es wurde Strafanzeige wegen Falschheides erstattet, um die Wiederaufnahme des Verfahrens anzubahnen. Finne mann junior lehnte nach Deutschland zurück, um sich strafbar zu machen und so einen neuen Rechtspruch zu erlangen. In dieser Absicht ging er nach Kiel und denunzierte sich selbst wegen unerlaubter Rückkehr. Er bekam jedoch keinen Strafprozeß, sondern wurde einfach abgeführt. Die dänischen Abgeordneten schritten darauf die Sache parlamentarisch an. Hansen im Landtag, Jessen im Reichstag. Auch das half nichts.

Im Jahre 1901 veröffentlichte nun der Abg. Hansen in den „Südwestischen Jahrbüchern“, die in Nordschleswig in dänischer Sprache erscheinen, eine kritische Beleuchtung des Falles. Im Anschluß an diesen Aufsatz ließ sich auch ein Haderslebener Korrespondent in der sozialdemokratischen „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“, welche die Angelegenheit lebhaft verfolgt hatte, über die Sache hören. Diese beiden Artikel gaben Anlaß zu Strafanträgen. Der Prozeß zu dem nicht nur Zeugen aus Nordschleswig, sondern auch solche aus Dänemark geladen sind, wird in keinem Verlauf vor-ausichtlich ein scharfes Bild der Verhältnisse in Nordschleswig geben und, wie er anscheinend das Echo einer parlamentarischen Kundgebung ist, so wird sein Ausgang höchst wahrscheinlich wieder ein Echo in den Parlamenten erwecken.

Deutsches Reich.

Zur „Rehabilitierung“ des Hänge-Peters

Bemerkte die „Frankf. Ztg.“, nachdem sie die Urteilsgründe des Disziplinarrates abgedruckt:

„Und dieser Verrennensch, der die Schwarzen als sein persönliches Eigentum behandelt, mit dem er nach Willkür umgehen zu können meint, der durch seine Schandtaten den deutschen Namen so schwer kompromittiert hat, erdacht wieder die Berechtigung, den Titel „Reichskommissar a. D.“ zu führen. Diese, wenn auch nur teilweise Begründung ist so befreudlich, daß im Reichstage ganz sicherlich die Frage gestellt werden wird, wie sie überhaupt hat erfolgen können. Hält man es etwa in der Kolonialverwaltung gar für möglich, Herrn Peters wieder im Reichsdienste zu beschäftigen und in die Lage zu versetzen, seine Kultur- und Moralansehungen auf neue zu betätigen?“

Das kriegsgerichtliche Urteil gegen die beiden Hamburger Landwehrlente Strauer und Krogmann hat wohl so ziemlich allgemeines Kopfschütteln erregt. Die militärkommissarischen Blätter haben nun inzwischen ausfindig gemacht, daß die beiden Landwehrlente zu Erzeissen neigen und vielfach vorbestraft seien. Demgegenüber können wir mitteilen, daß es sich hier um eine sehr durchsichtige Sache handelt, denn die beiden unglücklichen Menschen haben so unwesentliche Vorstrafen erlitten, daß der Vertreter der Anklage, der sonst grau in grau malte, sie nicht als straferschwerend für die Begründung seines exorbitant hohen Strafmaßes heranzuziehen vermochte.

Ein überaus glimpfliches Militärgerichts-Urteil.

Ueber ein befremdendes Urteil des Kriegsgerichts der fünften Division in Frankfurt a. O. entnehmen wir folgende Darstellung der „Frankfurter Ober-Zeitung“:

„Einen Tritt soll der Feldwebel Bernhard Bastian von der 12. Kompanie Inf.-Reg. Nr. 52 dem Musikant Gustav P. im Juni gegeben haben, daß P. einen Bruch davontrug. P. hatte sich deshalb wegen Soldatennüchternhandlung zu verantworten. Gemeldet hatte P. den Vorfall nicht, sondern als er vor Schmerzen nicht mehr weiter konnte und im Krankenhause nach dem Lazarett gebracht werden mußte, rückte er auf vieles Zureden mit der Sprache heraus, erst dadurch kam die Mißhandlung ans Tageslicht. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegte Straftat. Ein Feldwebel, der während des Vorganges ganz nahe auf einer Bank gesessen hatte, will nichts wahrgenommen haben, trotzdem das Schimpfen des Angeklagten bis in den Keller gehört wurde. Der vernommene Militärarzt als Sachverständiger hielt es wohl für möglich, daß der Bruchanfall von dem Fußtritt herrühren könnte. Er glaubt aber, daß nach ein paar Jahren die Stelle wieder heilen dürfte. Dem Angeklagten, hinter dem eine tadellose Dienzeit liegt, wurde entgegen dem Antrage von sechs Wochen nur 12 Tage gelinder Arrest auferlegt.“

Dies Urteil verstehe, wer kann. Das Kriegsgericht muß doch den Angaben des Mißhandelten Glauben geschenkt haben, sonst wäre es ja überhaupt nicht zum Schuldpruch gegen den Bastian gelangt. Für einen Fußtritt in den Bauch, der einen Bruch hervorrief, zwölf Tage gelinder Arrestes — das ist eine ganz unbegreifliche Sühne!

Soldaten als Erntearbeiter.

Eine Zeitungskorrespondenz meldet: „Eine außerordentlich große Nachfrage nach militärischen Erntearbeitern herrscht augenblicklich allgemein. Die sogenannten „Ernte-Urlauber“, die vom Regiment während der Ernteperiode zur Unterstützung der Landwirte auf bestimmte Zeit freigegeben werden, hatten schon kurz nach der entsprechenden Bekanntgabe sämtlich Anstellung erhalten. Zahlreiche Landwirte mühten sich schließlich von Regiment zu Regiment, um sich Arbeitsunterstützung für die Ernte zu verschaffen. Die stärkste Nachfrage herrscht naturgemäß bei den Infanterie-Regimentern.“

Wir haben schon früher erklärt, daß wir es für absolut unzulässig halten, die Soldaten landwirtschaftlichen Unternehmern als Erntearbeiter zur Verfügung zu stellen. Sofern es sich um Familienangehörige handelt, läßt sich eine Ernteurlaub rechtfertigen; zu Saisonarbeiten für die Agrarier sind die Soldaten auf keinen Fall da!

Zur Reichstagserversammlung in Essen.

Essen, 23. Juli. (Fig. Ver.) Hier, in Holsterhausen, in Werden, in Kupferdreh, in Stoppenberg und in Vorbeck fanden heute große außerst zahlreich besuchte Volksversammlungen zwecks Stellungnahme zu der am 19. September stattfindenden Reichstagserversammlung statt. In Holsterhausen sprach Redakteur Leimpeters von der „Vergarbeiter-Zeitung“, in Werden Reichstagsabgeordneter Otto Hue, in Kupferdreh und in Stoppenberg Reichstagskandidat Wilhelm Gevehr-Eberfeld. In der Vorbecker Versammlung wurde nach einem zweifelhafte Vortrag des Reichstagsabgeordneten Hermann Sasse folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige zahlreich besuchte Volksversammlung im Lokale des Herrn Koch erklärte sich mit den Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Sasse einverstanden. Die Versammlung erkläre in den Kandidaten der Zentrumspartei, der Nationalen und Christlich-sozialen Partei eine Vertretung der Interessen der herrschenden und besitzenden Klassen, wohingegen die Versammlung als den einzigen Vertreter der Arbeiterinteressen den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei anerkennt. Die Versammlung verurteilt die Politik der herrschenden Klassen ganz entschieden. Insbesondere verurteilt die Versammlung die arbeitgeberfeindliche Haltung des Zentrums bei der Vergelegenobelle und verspricht, bei der kommenden Reichstagserversammlung dieser Partei hierauf die wohlverdiente Quittung zu erteilen. Die Versammlung verpflichtet sich, für die Wahl des Arbeiterkandidaten Wilhelm Gevehr mit aller Kraft und Entschiedenheit bis zum 19. September einzutreten.

Die gleiche Resolution wurde in der Versammlung in Kupferdreh angenommen.

Gegen die Simultanschule in Hessen

will das Zentrum Sturm laufen. Das führende ultramontane Organ in Hessen, das „Mainzer Journal“, verlangt im Hinblick auf den Zentrumssieg in Bayern, daß auch die heftigste ultramontane Landtagsfraktion den Kampf um die Konfessionsschule energischer führen solle: „Das katholische Volk verlangt mehr als Eisenbahnen und Steuern. Wie sagt doch unser alter Bindhorst? Das Feld, auf dem der Kulturkampf ausgefochten wird, ist die Schule.“ — Das Volksschulwesen im Großherzogtum Hessen ist durch das Schulgesetz vom Jahre 1874 auf simultaner Grundlage geordnet. Das „Journal“ verlangt nun seine 1874 verlorene Konfessionsschule wieder, jene Schule, unter der Preußen groß und mächtig geworden ist. Das Blatt ruft: „Man mache bei der nächsten Wahl den Anfang damit und setze die Sache in der Kammer fort.“ — Die nächsten Wahlen sind die Landtagswahlen, welche in diesem Herbst ausgefochten werden, sie werden also vom Zentrum unter der Parole: „Klerikalisierung der Volksschule“ bestritten, denn um die Schule völlig unter die geistliche Vormahigkeit zu bringen, stellt das „Journal“ drei Forderungen auf. Zunächst heißt es: „Der Religionsunterricht kann nicht im Auftrage des Staates erteilt werden. Die Prüfungen darin nimmt der Bischof oder dessen Vertreter allein und selbstständig ab; hier ist der Regierungsvertreter auszuhalten.“ Im weiteren wird die Errichtung konfessioneller Lehrseminarien verlangt und als dritte Forderung die konfessionelle Schulaufsicht, die am besten von Geistlichen ausgeübt werde.

Man wird also damit rechnen dürfen, daß das heftigste Zentrum, dem die ultramontanen Erfolge in Bayern den Kamm schwellen machen, den Kampf um die Schule mit Macht aufnehmen wird. Die bereits auf dem heftigsten Katholikentag in Weßheim im Jahre 1897 angenommene Resolution soll nun verwirklicht werden. In ihr wurde verlangt:

„Die Befestigung der gemeinsamen Schule, da sie nimmer ihre Aufgabe einer religiösen Erziehung der Kinder erfüllen kann. Wir verlangen nicht minder die Wiederherstellung konfessioneller Lehrseminarien, die Zulassung der Orden zur Lehrtätigkeit, sowie endlich die Wiederherstellung und Gewährleistung des katholischen Charakters derjenigen höheren Lehranstalten, welchen derselbe stiftungsgemäß zukommt.“

Unsere heftigsten Genossen nehmen den von den Ultramontanen hingeworfenen Handschuh auf und beantworten bei der kommenden Landtagswahl den ultramontanen Ruf nach Befestigung der Simultanschule mit der Parole: „Reinliche Scheidung von Schule und Kirche!“

Ueberfall einer Proviantkolonne in Südwestafrika.

Ein Telegramm aus Windhof meldet: Beim Ueberfall einer Karre durch Hottentotten zwischen Kariboen und Gabies am 17. Juli 1906 sind gefallen: Gefreiter Karl Bartholomae, geboren am 28. 8. 82 zu Pflaß, Kopschuh; Gefreiter Anton Ding, geboren am 6. 6. 83 zu Ebonweiler, Kopschuh; Reiter Paul Mannsparger, geboren am 16. 5. 83 zu Elebronn, Brust- und Bauchschuh; Reiter Eugen Wersinger, geboren am 16. 12. 78 zu Hogenbach, Kopf- und Schulterschuh. — Reiter Johann Klein, geboren am 7. 8. 80 zu Rumbelschauen, hat sich am 19. Juli 1906 in Windhof aus Unvorsichtigkeit mit einem Revolver durch die Linse Hand geschossen.

Ein weiteres Windhufener Telegramm meldet: Reiter Friedrich Wähler, geboren am 6. 5. 82 zu Steele, ist am 17. Juni bei Karus gefallen, Kopschuh.

Ausland.

Zum norwegisch-schwedischen Unionskonflikt.

Selbstverständlich wird von unseren norwegischen Parteigenossen verlangt, daß wenigstens dann, wenn das Thronangebot an die Bernadotte endgültig abgelehnt ist, eine konstituierende Nationalversammlung einberufen werde, die über die zukünftige Staatsform Norwegens bestimmen soll. Aber eigentlich ist es, daß in Kristiania kein einziges Blatt außer „Social-Demokraten“ dieses Verlangen äußert, obgleich man doch eigentlich schon jetzt, nachdem über sechs Wochen vergangen sind, ohne daß Oskar II. sich zu dem Stellenangebot geäußert hat, das Recht und die Pflicht hätte, zu der Frage Stellung zu nehmen. Dagegen stimmen außer den sozialdemokratischen viele bürgerliche Provinzialblätter mit der Forderung auf Einberufung einer Nationalversammlung überein. Es scheint, daß das hauptstädtische Bürgertum seine demokratische Gesinnung, die doch zu einer republikanischen Staatsreform führen müßte, zu verleugnen für notwendig erachtet. „Morgenbladet“ behauptet z. B., die Frage ob Königtum oder Republik sei gar nicht aktuell; nach dem Grundgesetz sei Norwegen ein Königreich; der Thron sei ledig, aber nicht abgeschafft. Nun ist aber nach dem Ständingebeschluß vom 7. Juni das Königtum außer Wirksamkeit gesetzt. Also nicht nur der König als solcher, sondern das Königtum überhaupt, und daraus folgt selbstverständlich, daß Norwegen trotz seiner moralischen Verfassungsbestimmungen wenigstens vorläufig Republik ist, und darüber entschieden werden muß, ob ein Königtum überhaupt wieder in „Wirksamkeit“ treten soll.

Dem schwedischen Reichstag fällt es offenbar äußerst schwer, zu irgend welchen auch nur vorläufigen Beschlüssen zur Lösung des Unionskonfliktes zu kommen. Die geheimen Verhandlungen haben noch immer kein Ende genommen, obgleich die Zweite Kammer ihre Sitzungen schon bis in die Nacht ausdehnt. Die Langwierigkeit der Verhandlungen beweist, welche Uneinigkeit und Verwirrung noch immer in Schweden über die allgemeine Lage herrscht und wie wenig das Land geeignet ist, dem einmütigen Willen des norwegischen Volkes Trost zu bieten.

Ueber die Hauptpunkte des ausgearbeiteten Gulachtens hat die Zweite Kammer endlich am Mittwoch ihre Abstimmungen geschlossen und auch die Erste Kammer soll zu diesem Punkt dor-geschritten sein.

Das innige Verhältnis zwischen der norwegischen und schwedischen Arbeiterschaft ist von neuem zum Ausdruck gekommen in folgendem Telegramm, das der gegenwärtig tagende norwegische Gewerkschaftskongress dem Parteisekretär Widman in Stockholm sandte:

„Verammelt zum Kongress, bezeugen die organisierten Arbeiter Norwegens ihre Liebe zur Gerechtigkeit, zur Freiheit und zum Frieden und bringen den schwedischen Klassen Genossen für ihren großen Einsatz in der Sache der Gerechtigkeit und des Friedens ihren innigsten Dank dar.“

Die türkische Bombe.

Konstantinopel, 24. Juli. (Meldung des Wiener f. l. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Nach türkischer Angabe ist man dem Ueberfall des Bombenanschlages vom vorigen Freitag auf der Spur. Gestern wurden alle Toten und alle unentzündlichen Leichenreste begraben. Ein Schwerverletzter hat ausgesagt, daß kurz vor der Explosion ein unbekannter Mann einen Korb auf einen Wagen stellte und sich dann entfernte. Einige Minuten später erfolgte die Explosion. Türkischerseits glaubt man bereits Beweise oder Anzeichen dafür zu haben, daß der Täter ein Bulgare gewesen sei, welcher Zeit hatte, sich zu flüchten. Immerhin ist diese Angabe vorläufig mit Vorsicht aufzunehmen. Die Nachforschungen werden in der ganzen Stadt und der Umgebung fortgesetzt und mit größtem Eifer gepflogen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Es wurden Bulgaren, Armenier sowie Angehörige anderer Nationen, ebenso zahlreiche Mohammedaner in Haft genommen. In Pildiz tagt ununterbrochen, auch während der Nacht, die Untersuchungskommission. Es werden Gemische Analysen verschiedener Explosionsreste vorgenommen. Die

militärische sowie die politische Ueberwachung des Bildes ist bedeutend verstärkt worden.

Die Morgenblätter teilen mit, daß nach den amtlichen Feststellungen die Zahl der bei dem Bombenattentat Getöteten 24, die der Verwundeten 78 beträgt. —

Der „Frankf. Jta.“ wird aus Konstantinopel vom 24. Juli telegraphiert: Nach Angabe der türkischen Geheimpolizei sollen zwei italienische Anarchisten Djabi und Neceli seit einiger Zeit sich in Konstantinopel verborgen halten. Vermutet wird auch seit dem 21. d. M. ein angeblich aus Nürnberg zugereister Deutscher namens Hans Heller, der in der Pension Müller wohnte. Heller wohnte hinter dem Kavallerieordon der Selamlis-Festung bei. Eine Erlaubnis bei dem deutschen Konsulat, die das Recht gibt, im inneren Orden dem Selamlis beizuwohnen, hatte Heller nicht nachgesucht. Anzeigen weisen darauf hin, daß Heller von der türkischen Polizei verhaftet wurde. Die zuverlässig verlautet, wurde es erwiesen, daß ein mit einem Strohhut bekleidetes Individuum zwei Minuten vor der Explosion einen Korb an der Stelle, wo die Explosion stattfand, hinsetzte. In diesem Korbe befand sich eine Höllenmaschine. Das Individuum ist getötet oder verschwunden. („Frankfurter Zeitung“.)

Belgien.

König und Volk.

Belgien steht zurzeit im Zeichen der Nationalfeier; zu der 75-jährigen Jubelfeier der Unabhängigkeit Belgiens kommt ein monarchisches Jubiläum. Es sind nämlich jetzt 40 Jahre her, seit Leopold II. an der Regierung ist. Gelegentlich der Feierlichkeiten, die aus diesem Anlaß in Brüssel stattfinden, hat Leopold eine Rede gehalten, in welcher er Propaganda für seine Lieblingsidee, nämlich die Befestigung von Antwerpen, machte. Er sagte, daß es neben den Reden vor allem des Handelns bedürfe. „Wenn die Männer von 1830 nicht gehandelt hätten, so ständen wir wohl alle jetzt nicht hier.“ Er kam dann auf den Gesandtenbesuch bezüglich Antwerpens zu sprechen und meinte, seit dem Projekt betreffend den Bau der belgischen Eisenbahnen von 1834 habe kein so bedeutendes Gesch. dem Parlamente vorgelegen. Diese Agitationsrede wird dem Leopold im Volke sehr übel genommen. Man ist in Belgien nicht gewöhnt, daß der Monarch aus seiner Reserve heraustritt und man verwahrt sich aufs schärfste gegen diese Versuche, ein absolutistisches Regime einzuführen. In dem streng konstitutionellen Belgien macht das Parlament die Gesetze und dem König bleibt nur deren Ausführung vorbehalten. Im übrigen erhält das Projekt der Befestigung von Antwerpen immer mehr Gegner. Die Sozialdemokratie, hinter der die große Masse des Volkes steht, ist selbstverständlich entschiedener Gegner dieses Planes; in den Reihen der Demokraten und Liberalen findet sich kaum ein Anhänger und selbst unter den Liberalen bereitet sich ein Sturm gegen die kaiserlichen Marotten vor. Es ist also nach sehr die Frage, ob die Regierung in die Lage kommen wird, dem alten König seinen Wunsch in Erfüllung zu bringen. —

Niederlande.

Gemeinderatswahlen.

Bei den Stichwahlen für die Gemeinderäte hat unsere Partei in einigen Orten sehr schöne Erfolge errungen.

In Amsterdam ist Donnerstag im III. Kreise noch sehr scharfem Wahlkampf Genosse Voopuit gewählt mit 3494 Stimmen gegen 3392 Stimmen, die auf den Liberalen Van Nierop, welcher durch alle bürgerlichen Parteien unterstützt wurde, entfielen. Der Sieg ist um so ehrenvoller, weil dieser Herr Van Nierop eine der liberalen Parteigrößen ist, Mitglied der Ersten Kammer, und außerdem schon 26 Jahre Gemeinderat war. Der III. Kreis hat damit die härteste Probe überstanden. Genosse Voopuit ist der dritte Sozialdemokrat, der in den Amsterdamer Gemeinderat seinen Einzug hält.

Ebenso vielbedeutend ist ein Sieg unserer Rotterdamer Genossen. In dieser großen Hafenstadt ist infolge des jämmerlichen Wahlergebnisses die Wählerzahl verhältnismäßig die beschränkste des ganzen Landes. Nur sehr wenige Arbeiter besitzen das Wahlrecht. Trotzdem gelang es im I. Kreise, Genossen Spielmans mit 2078 Stimmen durchzubringen. Der zweite sozialdemokratische Kandidat Hermans bekam 1406 Stimmen. Im II. Kreise unterlag Genosse Helding, bekam aber 1018 Stimmen, während der Liberale mit 1801 Stimmen gewählt wurde. Genosse Spielmans ist der erste Sozialdemokrat im Rotterdamer Gemeinderat.

Gelingt es uns morgen, im Haag Genossen Terhaan, der in ausfichtsvoller Stichwahl steht, durchzubringen, so ist die Sozialdemokratie in allen holländischen Großstädten im Gemeinderat vertreten. In der fünfgrößten Stadt, in Groningen, ist die Vertretung am stärksten, dort sitzen fünf Sozialdemokraten im Gemeinderat, der 83 Mitglieder zählt. Bei diesen Wahlen sind in Groningen zwei neue sozialdemokratische Sitze erobert worden. In der an siebenter Stelle folgenden Stadt, Arnheim, haben wir drei Sitze, in Haarlem einen. Ferner in Dordrecht zwei, in Leeuwarden einen (hebt erobert).

Schöne Siege erzielten unsere Genossen in den beiden industriellen Gemeinden Enschede und Lonneker. In der ersten drangen zwei, in der zweiten drei Sozialdemokraten in den Gemeinderat ein.

In den größeren Orten haben wir bei diesen Wahlen im ganzen 16 Sitze erobert, und 2 verloren, einen in Winthoven und einen in Zutphen.

Der römisch-katholische Priester Dr. Van den Brink, der im vorigen Jahre zur Sozialdemokratie übergetreten ist und tüchtige propagandistische Tätigkeit entwickelt, ist in seiner Heimatstadt Vreda, wo alle Wamfische der Kirche über ihn ergangen sind, in die Stichwahl gekommen. In Vreda wohnen fast nur Katholiken. Auf 25 000 Katholiken kommen etwa 2000 Protestanten und Juden. Van den Brink erhielt 350 von 780 Stimmen.

Italien.

Die zweijährige Dienstzeit in Italien.

Wie der „Messaggero“ meldet, ist der Kriegsminister mit der Ausarbeitung eines Gesetzes über die zweijährige Dienstzeit beschäftigt. Heute beträgt die Dienstzeit je nach der Waffengattung 3 bis 5 Jahre, aber ein Teil der Diensttauglichen ist mit Rücksicht auf die Familienverhältnisse dienstfrei. —

Spanien.

Der Allgemeine Arbeiterbund hat vor einiger Zeit in Madrid seinen 8. Kongreß abgehalten. „La Revista Socialista“ bringt über die Verhandlungen einen Bericht, dem wir das Folgende entnehmen: In zäher unaufhörlicher Arbeit, so heißt es im Vorstandsbericht, hat es der Bund endlich soweit gebracht, die Intelligenzesten des Proletariats in Stadt und Land zusammenzufassen, sodass der Bund heute bereits eine respektable Macht bildet. Der Beweis sei geliefert, daß die beharrliche Aufklärungsarbeit, die nie rastende Agitation der Sozialisten auch in Spanien nicht vergebens sei. Der 1. Kongreß, der im Jahre 1888 stattfand, vereinigte nur 27 Sektionen mit 3355 Mitgliedern; auf dem 2. Kongreß im Jahre 1890 waren 36 Sektionen mit 3890 Mitgliedern vertreten; der 6. Kongreß 1899 sah immer erst 66 Sektionen mit 15 264 Mitgliedern vereinigt, 1902 aber (7. Kongreß) umfaßte der Bund bereits 228 Sektionen mit 32 778 Mitgliedern; auf dem 8. diesjährigen Kongreß endlich waren 400 Sektionen mit 60 000 Mitgliedern vertreten. An diesen Zahlen läßt sich ein, wenn auch langsamer, so doch steter Fortschritt nachweisen. Der Kongreß hat eine Reihe wichtiger Beschlüsse angenommen; so fordert er u. a. eine Reform der Unfallgesetze; Beaufichtigung der Arbeiter-Schutzgesetze durch unabhängige Beamte; Schaffung einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Korporation, die den Minimallohn und die Maximalarbeitszeit für die einzelnen Berufe festzusetzen hat; Anerkennung und freie Ausübung des Vereinigungs- und Versammlungsrechts; Erweiterung der Schutzgesetze für die Heimarbeiter und sofortige nachdrückliche Intervention der Regierung in der Lösung der Landarbeiterfrage in Andalusien. —

England.

Das Kabinett will nicht zurücktreten.

In der Montagsitzung des Unterhauses gab das Kabinett die Erklärung ab, daß es nicht zurückzutreten beabsichtige.

Das Haus war schon bei Beginn der heutigen Sitzung in allen Zeilen dicht besetzt. Premierminister Balfour gab eine Erklärung über die Absichten der Regierung bezüglich der Abstimmung vom 20. d. Mts. ab. Er besprach eingehend verschiedene Fälle, in denen frühere Kabinette geschlagen worden und nicht zurückgetreten waren, und betonte, die einzige gegen die Regierung gerichtete Abstimmung, die notwendig zu deren Rücktritt führen müsse, sei die Annahme eines Tadelsvotums. Die gegenwärtige Regierung besitze das Vertrauen der Mehrheit des Hauses, und es sei keine Ursache zur Auflösung des Parlamentes oder zum Rücktritt der Regierung vorhanden. Es würde von großem Uebel sein, wenn das Verbleiben im Amte von solchen Abstimmungen wie die vom 20. Juli abhängig gemacht würde. Er hoffe, daß eine Regierung, die in sich selbst geeinigt ist und das Vertrauen des Hauses besitzt, niemals ihren Posten lediglich infolge einer solchen Abstimmung werde verlassen dürfen.

Schweden.

Ein Wahlsieg der Chauvinisten.

Bei der Ergänzungswahl zur Zweiten Kammer, die am Freitag im zweiten Wahlkreis Stockholms stattfand, wurde Professor Karl Warburg mit 1189 gegen 1045 Stimmen, die auf Dr. Kjellberg fielen, gewählt. Beide Kandidaten gehören der Liberalen Wählervereinigung an; bei der vorausgegangenen Probewahl hatte Kjellberg mit 347 Stimmen gegen Warburg, der nur 124 erhielt, geiegt. Dieser, der, obgleich es dem Statut der Vereinigung widerspricht, dann doch kandidierte, erklärte in seiner Programmrede, daß er Genugtuung für Schweden von Norwegen verlange und daß das Störthing Schweden um seine Zustimmung zur Unionsauflösung ersuchen solle, somit gleichsam anerkennt, daß jene Beschlüsse ungesetzlich wären. Mit Ausnahme von „Social-Demokraten“ und „Dagens Nyheter“, die für Kjellbergs Kandidatur eintraten, wurde Warburg von der gesamten Tagespresse Stockholms unterstützt. Uebrigens hat der Gewählte von irgend welchen Kriegsplanen gegen Norwegen bestimmt Abstand genommen. —

Serbien.

Stupschina-Wahlen.

Bei den Wahlen zur Stupschina erhielten am Sonntag von 29 Städtemandaten die selbständigen Radikalen acht, die Gemäßigten radikalsten vier, die Nationalisten drei, die Sozialisten zwei und die Fortschrittspartei eins. In elf Städten sind nochmalige Wahlen erforderlich. Nach den sonstigen bisher eingelangten Wahlergebnissen erzielten die Selbständigradikalen 47, die Gemäßigten radikalsten 22, die Nationalisten 7, die Sozialisten 2 Mandate. 67 Wahlergebnisse siehe noch aus. —

Die russische Revolution.

Die wirtschaftliche Krise.

Petersburg, 24. Juli. („Laffan“-Meldung.) Die pessimistische Stimmung in der russischen Geschäftswelt wird immer stärker und macht sich durch das Umsichgreifen der Ungewißheit und des Nichttrauens im ganzen Lande ständig stärker fühlbar. Reisende, die über Wien von Odessa zurückgekehrt sind, fanden, daß überall die Leute türkisches und rumänisches, sowie überhaupt Bargeld aller Länder annehmen, aber kein russisches Papiergeld. Die Vertreter der leitenden russischen Banken halten Beratungen ab, um festzustellen, ob es möglich ist, noch weiter Geld auf die in den Hafen- und Eisenbahnspichern lagernden Waren vorzuschicken. Die Verluste der Banken und der Versicherungsgesellschaften bei den Wänden in Odessa und den Plünderungen in den Provinzen machen eine sofortige Entscheidung dieser Frage nötig. Das Finanzministerium bemüht sich, die Banken zu überreden, von der Verweigerung derartiger Vorläufe Abstand zu nehmen, da dadurch Hunderte von Millionen Rubel dem allgemeinen Umlauf entzogen werden würden. Die Banken sind jedoch wegen des drohenden Wiederaustritts des Eisenbahnerstreiks und von Bauernunruhen nicht geneigt, dem Finanzministerium Gehör zu schenken.

Unsichere Situation.

Petersburg, 23. Juli. In dem eine Stunde von hier gelegenen Seelort Sestrowezki versuchten gestern gegen 500 Arbeiter eine Kundgebung zu veranstalten, lieferten jedoch auf die erste Anforderung der Landpolizei eine rote und zwei schwarze Flaggen, die sie mit sich führten, ohne Widerstand zu leisten aus und gingen auseinander.

Im Theater desselben Ortes entstand gestern Abend eine große Panik, als jemand das Verlangen stellte, daß für die Opfer des 22. Januar eine Seelenmesse gelesen werden solle und infolgedessen ein Polizeiangebot in den Saal drang. Das Publikum, unter ihm auch Kinder, floh in wilder Angst, die noch durch das Erscheinen von Infanterie gesteigert wurde, ins Freie, da das Gerücht ging, daß die Truppen Befehl hätten, sofort zu feuern.

In Petersburg selbst wurde die Ruhe bis in die späte Nachtstunde nicht gestört, doch sind auch für heute umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Nischnij-Novgorod, 24. Juli. (B. T. V.) Fünf Stunden lang, bis zum Eintritt der Dunkelheit, wütete gestern die Menge gegen die höheren Klassen der Bevölkerung. Die Zahl der Opfer ist beträchtlich. Vor den Augen des Gouverneurs Unterberger, welcher die Menge zur Ruhe bringen wollte, setzte diese die Ausschreitungen fort. Die Menge drang in die Häuser ein. In der Stadt herrscht Panik.

Uruhen.

Die Königsberger „Hartung'sche Zeitung“ meldet aus Kasan, daß der Bauernkommissar Baron Prebern auf einer Amisfahrt am 22. Juli erschossen wurde. Das Blatt meldet ferner, daß in Libau gestern bei der Verurteilung von Revolutionären ein Gendarm erschossen und zwei andere verwundet wurden.

Odessa, 23. Juli. In Kartamyschewka fand ein Zusammenstoß zwischen Militär und einer Bauernversammlung statt. Hierbei wurden zahlreiche Personen getötet oder verletzt. Hundert Verhaftungen wurden vorgenommen.

Täbris, 23. Juli. Aus Urmia wird unter dem 20. d. M. eine Judenhetze gemeldet; über 20 Räden wurden zerstört, über 50 Personen wurden verwundet, eine getötet.

Vom ostasiatischen Kriegsjhanplage.

Petersburg, 24. Juli. (Meldung der „Petersburger Telegr.-Agentur“.) Der Gouverneur von Sachalin telegraphiert unterm 23. Juli: Heute vormittag um 8½ Uhr wurden am südlichen Horizont der tatarischen Meerenge bei dem Posten Alexandrowst mehrere japanische Schiffe und Torpedoboote wahrgenommen. Zwei davon fuhren nordwärts, die anderen gruppierten sich in der Nähe des Postens Doue und gaben vier Schüsse ab, die jedoch keinen Schaden verursachten. Um 11 Uhr vormittags wurden im Süden mehrere große Schiffe bemerkt.

Eine zweite Depesche des Gouverneurs von Sachalin, ausgegeben am 23. Juli mittags, meldet: Zwei japanische Torpedoboote machten in der Mündung des Flusses Kofoff, zwölf Werst

nördlich von dem Posten Alexandrowst, Halt, beschossen die Küste und entfernten sich dann in südwestlicher Richtung. Ebenfalls nach Südwesten entfernten sich ein Kreuzer und vier Torpedoboote, welche sich in der Nähe des Postens Doue aufgehalten hatten.

Petersburg, 24. Juli. (Meldung der „Petersburger Telegr.-Agentur“.) General Linewitsch meldet unterm 22. Juli: In der Gegend von Hailungshöng ging am 20. Juli morgens 10 Uhr eine russische Abteilung in zwei Kolonnen gegen die feindlichen Stellungen 4 Werst nördlich von Hailungshöng vor. Die rechte Kolonne rückte gegen die Front des Feindes heran, die linke Kolonne dagegen umging den rechten Flügel der Japaner. Das plötzliche Erscheinen der linken Kolonne in den Seitenstellungen des Feindes zwang diesen, diese Stellungen ohne Widerstand zu räumen. Die Russen besetzten hierauf die japanischen Laufgräben, während sich die Japaner auf eine besetzte Stellung im Westen von Hailungshöng zurückzogen. Ein Teil deckte ihre Bewegungen. Für die Russen bot es große Schwierigkeiten, die Terrainschwierigkeiten zu überwinden. Dies veranlaßte ihren Rückzug in die Gegend nördlich von Tsiaupunoff.

Gewerkchaftliches.

An die Arbeiter der deutschen Gaswerke!

Die erste Konferenz der deutschen Gasarbeiter, welche 1903 in Berlin stattfand, faßte den Beschluß, daß für die Gasarbeiter des Innenbetriebes überall der Achtstundentag, also der Dreischichtwechsel an Stelle des herrschenden Zweischichtsystems, gefordert werden soll. Ebenso sei für die Arbeiter des Hofes, des Rohretnes, der Installation, der öffentlichen und zivilen Beleuchtung usw. eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit zu eritreben.

Die Kollegen einiger Städte sind unterdessen auf Grund dieser Beschlüsse vorgegangen und es ist ihnen an mehreren Orten gelungen, den Achtstundentag für die Arbeiter des Innenbetriebes zur Durchführung zu bringen, so in letzter Zeit z. B. in Chemnitz, Barmen und Wiesbaden.

In dem allergrößten Teil der deutschen Gewerke besteht jedoch noch die zehn- resp. zwölfstündige Dienstzeit. Unter diesen Verhältnissen haben aber die interessierten Arbeiter schwer zu leiden.

Die Erkrankungensziffern übersteigen bedeutend das normale Maß, Rheumatismus und Krankheiten der Atmungsorgane sind an der Tagesordnung, ganz abgesehen davon, daß physisch schwere Arbeit und lange Dienstzeit auch nicht ohne schädigenden Einfluß auf das Familienleben und das sonstige Verhalten der Arbeiter — übermäßiger Alkoholgenuß usw. — bleiben kann.

Mit Freuden können wir es daher begrüßen, daß sich nun endlich auch eine amtliche Stelle gefunden hat, welche die große Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung und demnach die Berechtigung unserer Bestrebungen anerkennt. Die Stadtverwaltung in Königsberg i. Pr. gab vor kurzem einen Bericht heraus, der in ausführlicher Weise betont, daß sie mit der verkürzten Arbeitszeit in ihrem Gaswerk — Achtstundentag für den Innenbetrieb, Neunstundentag inklusive Pausen für die sonstigen Beschäftigten — die denkbar besten Erfahrungen gemacht hat.

In diesem Bericht heißt es unter anderem: „Die bestehende Arbeitseinteilung hat sich bisher bestens bewährt, sowohl hinsichtlich des technischen Erfolges, als auch mit Rücksicht auf Kosten und Disziplin.“

Ferner: „Nach der Ansicht des gesamten Betriebsaufsichtspersonals zeigen die bisherigen Erfahrungen mit der abgekürzten Arbeitszeit, daß die Arbeiter oft ausgeprochene Erwartung, daß Arbeiter durch eine längere freie Zeit keine Vorteile für ihre gesamte Lebenshaltung erlangen und nur dem Alkohol tiefer verfallen, daß diese Erwartung bei der Gasanstalt durchaus nicht erfüllt ist.“

Auf Grund aller dieser Tatsachen fordern wir hiermit die Arbeiter der deutschen Gaswerke, soweit sie noch unter den alten Verhältnissen arbeiten, auf, die Beschlüsse der ersten Deutschen Gasarbeiter-Konferenz zur Durchführung zu bringen und in Betracht kommenden Stellen die Forderung auf Einführung des Achtstundentages für den Innenbetrieb und des Neunstundentages für die übrigen Arbeiter zu unterbreiten.

Um für diese Bewegung die entsprechende Propaganda betreiben zu können und für alle sonstigen Eventualitäten, die sich bei der Durchführung unserer Forderungen als notwendig erweisen sollten, gerüstet dazustehen, haben wir angeichts unserer minimalen Verbandsbeiträge beschlossen, einen „Achtstundentagsfonds“ zu schaffen, der sich auf der Grundlage freiwilliger Beiträge aufbaut.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Verbandskollegen allerorts in die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit eintreten und sich fleißig an den Sammlungen für den Achtstundentagsfonds beteiligen werden.

Alle Anfragen bezüglich notwendiger Versammlungen, etwaiger Eingaben usw. bitten wir an unsere Zweig- resp. Lokalbureaus oder aber an die unterzeichnete Geschäftsstelle des Verbandes zu richten.

Für den Vorstand des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten:

Dr. Voersch.

Berlin W. 57., Bülowstraße 21.

Die Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Das Resultat der am Sonntag vorgenommenen Ersatzwahl und Neuwahl ist folgendes: Zum Posten des zweiten Bevollmächtigten haben erhalten: Bernice 3077 Stimmen, Jakobson 805 Stimmen, somit ist Bernice gewählt. Für die neuen Beamtensposten haben erhalten: Blumen-thal 3224 Stimmen, Kirshke 2716 Stimmen, Weibel 2635 Stimmen, Ramsbrock 1767 Stimmen. Die ersten drei sind gewählt. Die Ortsverwaltung.

Maler und Anstreicher! Bei Malermeister Schmiedel, Röhrenmüllfabrik von Reher u. Hanff in der Rungestraße, haben die Kollegen wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Die Werkstatt ist gesperrt. Die Ortsverwaltung der Vereinigung der Maler.

Zum Streit in der chemischen Fabrik zu Erkner. Auf Anregung sozialdemokratischer Gemeindevertreter hin verjuchte der Amtsvorsteher in den letzten Tagen bei der Berliner Hauptdirektion des Werkes zugunsten der Streikenden zu vermitteln. Eine Einigung wurde jedoch durch die Werksleitung zu Erkner vereitelt. Die Hauptdirektion, wohl in der Annahme, daß den Streikenden bald die Mittel ausgehen müßten, wies dann auch die Deputation der Ausständigen an den Direktor nach Erkner. Dieser stellt sich jedoch nach wie vor auf den Standpunkt des selbstherrlichen Fabrikpachtes. Er fordert zunächst bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit und will erst dann gnädigst „prüfen“, ob die Wünsche der Arbeiter überhaupt eine Berechtigung haben. Weiter verlangt er den Austritt „seiner“ sämtlichen Arbeiter aus dem Verbands der Fabrik, Land- und Hüttenarbeiter. Ja, der Herr ist sogar dreist genug, den Streikenden bereits 10—20 Jahre in der Fabrik treibt waren und sich gewisse Rechte

an die sogenannte Fabrik-Pensionisten erworben haben, zumuten, sie sollen sich wieder als Neueingestellte betrachten, also damit ihrer Rechte an die Fabrik verlustig geben. Daraus kommt den Arbeitern gar nicht der Unwert der vielgerühmten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ demonstriert werden. Man löst den Arbeiter unter Hinweis auf solche Wohlfahrts-Einrichtungen, die angeblich nur der edelsten Fürsorge des Unternehmers für die Arbeiter entpfanden seien; sobald aber der Arbeiter wider den Stachel löst, das heißt mittels Streiks bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen sucht, sperrt man ihm den ohnehin nur sehr fragwürdigen Genuss dieser Wohlfahrts-Einrichtungen. — Kaiserlich haben es die Arbeiter abgelehnt, unter solchen „Bedingungen“ die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Betrieb ruht nach wie vor vollständig. Eine größere Zahl der Streikenden hat den Ort bereits verlassen und sich anderwärts Beschäftigung gesucht. Streikbrecher sind nicht vorhanden. Die Ausständigen hoffen umso mehr auf Erfolg, als die Direktion schon Konventionen zahlen muß, weil sie ihren Verpflichtungen den Arbeitnehmern gegenüber nicht nachkommen kann. Die Einwohnerlichkeit beweist den Streikenden ihre volle Sympathie. In der Gemeindevertretung ist nach dem schroff ablehnenden Verhalten der Direktion jetzt ein dringlicher Antrag eingebracht worden, den Streikenden aus Gemeindegeldern 500 M. zur Unterstützung zu bewilligen. Jedenfalls wird bei der Besprechung dieses Antrages das Gebahren der Fabrikleitung gegen die bisher so eklektisch bezahlten Arbeiter einer gründlichen Kritik unterzogen werden.

Deutsches Reich.

Die königliche Bergverwaltung als „Streikheber“.

Hannover, 23. Juli. (Eig. Ber.)

Der Streik der königlichen Bergarbeiter im Harzgebirge hat sich jetzt nach dreitägiger Dauer ein allgemeiner geworden. Sämtliche unter Tage arbeitenden Bergleute mit einigen Ausnahmen streiken, so daß die Zahl der Streikenden etwa 1000 von 2000 Mann Belegschaft beträgt. Nunmehr ist auch System und Leitung in den Streik gekommen, da die Bergleute den Verband zu Hilfe gerufen haben und dieser den Verbandssekretär Hufemann in das Streikgebiet entsandt hat. Am Sonntag fanden drei überfüllte Versammlungen im „Klosterhofen“ zu Harzhausen statt, in denen die Forderungen formuliert wurden. Diese sind nun folgende:

1. Lohn für Hauer mindestens 4 Mark pro Schicht.
2. Lohn für Schläger I. Klasse mindestens 3,50 M., II. Klasse mindestens 3 M., III. Klasse mindestens 2,50 M., IV. Klasse mindestens 2 Mark.
3. Bessere Behandlung durch die Beamten.
4. Fortfall der Ueberschichten.
5. Bessere Reinhaltung der Grubenbaue, Querschläge, Strecken usw.
6. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Die drei Versammlungen spiegelten den Groll und die Erbitterung der Belegschaft des königlichen Bergwerks in deutscher Weise wieder. Die Harzbergleute können sich das Verdienst zuschreiben, die hiesigen Bergleute aufgerüttelt zu haben, denn die königlichen Bergleute belamen dabei wenigstens einmal zu hören, daß anderswo und zwar überall im preussischen Staate höhere Löhne gezahlt werden, als in Harzhausen. Die Harzbergleute verlangten Erhöhung von Löhnen, die im hiesigen Streikgebiet noch nie gezahlt worden sind. Aber auch dieses wäre allein vielleicht noch nicht geeignet gewesen, die Arbeiter hier in den Streik zu treiben, wenn nicht der Staat selbst die Bergleute „aufgereizt“ hätte. Wie haben schon in der Sonntagsnummer erwähnt, daß der Staat die Gesteinsarbeiten an einen Privatunternehmer verpachtet hat. Das geschah vor drei Jahren. Als der Staat die Gesteinsarbeiten noch selbst ausführte, bezahlte er diesen Arbeitern nicht höhere Löhne als den Kohlenarbeitern. Der Privatunternehmer aber entlohnt die bei ihm beschäftigten Leute trotz der Nacht so hoch, daß deren Löhne mit 4—6 Mark pro Schicht denen im Harzgebiet nicht sehr viel nachstehen. Das hat die Bergarbeiter hier völlig zur Verwirrung gebracht, und es bedurfte nur eines Anstoßes, um die Empörung zur Explosion zu bringen. Der ganze Streik spielt sich ab wie im Ruhrgebiet. Auch hier ist die Arbeit unter Kontraktbruch eingestellt worden und der Streik verbreitete sich mit blitzartiger Schnelligkeit über die ganze Belegschaft. Die Bergarbeiter gehören keiner Organisation an, und es ist ganz undenkbar, von außen herein eine Einwirkung zu versuchen. 1898 war eine Organisation gegründet, 300 Mann traten ihr bei, aber ebenso schnell wie gegründet war sie auch verschwunden. Keiner der Bergarbeiter wagte es, mit einem Verbandsbeamten oder mit einem bekannten Sozialdemokraten am Tage über die Straße zu gehen, aus Furcht vor Verhaftung. So ist es bis heute verblieben. Damit fällt die gemeingefährliche Behauptung der kapitalistischen Presse, daß der Streik von langer Hand von „gewerkschaftlichen Hebern“ systematisch vorbereitet ist. Als Saarabien Nr. II wurde der hiesige Bergbezirk in der Versammlung bezeichnet und das mit Recht. Es kann gar keine schlimmere Beurteilung des sozialen Staates geben, als wenn königliche Arbeiter in den Streik treten und neben höheren Löhnen bessere Behandlung seitens der Beamten verlangen. Der Verghauptmann hat der Kommission, die vorförmlich wurde, aber erklärt, daß kein Grund zum Streiken vorhanden wäre! Die Versammlungen beweisen das Gegenteil. Ein Arbeiter fragte, wie es möglich sei, daß er bei acht Kindern mit 70 Mark durchschnittlichem Monatsverdienst auskommen solle. Ein anderer erklärte: Wir kriegen 2 M. pro Schicht — das sind monatlich 50 M. — kann ich davon eine Familie von sechs Personen ernähren? Kann ein junger Mann mit 1,50 M. pro Schicht sein Kostgeld bezahlen? Niemals! erscholl es ihm dröhnend aus aller Munde entgegen. Am treffendsten aber kennzeichnete ein anderer Bergarbeiter die Situation. Er sagte unter stürmischer Zustimmung: Das ist ein Grund zum Streiken, beweis die geringe Lohnzahlung! Ferner illustriert dieses Saarabien auch der Anspruch eines Steigers, der auf die Klagen über die geringen Löhne nichts anderes zu erwidern hatte als: Arbeiter man wisse tauf (feste zu). In den Versammlungen nahmen insgesamt 1200 Bergleute teil, wobei nur einmal mitgerechnet sind, die an allen oder zwei Versammlungen teilnahmen. Die Bergleute sind froh, einmal das Joch abgeworfen zu haben. Es war ein Antrag gestellt, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen und von der Verwaltung zu verlangen, bis zum 1. August die Forderungen zu bewilligen, andernfalls soll an diesem Tage in den Streik getreten werden. Dieses wurde aber gegen nur 6 Stimmen abgelehnt.

Die Bergwerksdirektion ahmt nun auch schon die scharfmacherischen Manipulationen der großkapitalistischen Bergherren des Ruhrgebiets nach. Die Forderungen sind schroff abgelehnt und am schwarzen Brett der Zeche prangt ein Anschlag, wonach jeder, der am Montag die Arbeit nicht wieder aufnimmt, sich als gefändig zu betrachten hat. Andererseits hat der soziale Staat, der den bei ihm beschäftigten Arbeitern das zum Leben Notwendige zuverfügung stellt, sich dadurch wenig rühmlich bemerkbar gemacht, daß er Gendarmen in das Streikgebiet geschickt hat und den Streikenden durch Anschlag bekannt gab, daß Verhaftungen der Arbeitswilligen nach § 153 der Gewerbeordnung mit bis zu drei Monaten Gefängnis bestraft werden. Das Recht, sich zu organisieren, gesteht der Staat seinen Arbeitern nicht zu. Er verlangt von ihnen königstreue Gesinnung, aber es fällt ihm nicht ein, diese loyale Gesinnung durch zufriedenstellende Entlohnung und gute Behandlung zu fördern, sondern durch Verbot der Koalition, die er schützen möchte, und durch Androhung von Strafen!

Ein bestiger Kampf ist im Düsseldorf Holzgewerbe entbrannt. Die Unternehmer wollen den Arbeitern einen Tarif aufdrängen, welchen dieselben zu akzeptieren nicht gewillt sind. Daraufhin ist jetzt eine allgemeine Aussperrung erfolgt. Obgleich sich eine Anzahl Kleinmeister an der Aussperrung nicht beteiligen haben und obgleich schon eine große Zahl Arbeiter abgereizt ist, beträgt die Zahl der am Ort befindlichen Ausgesperrten noch über 1200. Die Unternehmer bauen darauf, daß die christlich organisierten Holzarbeiter schamlos werden und den Tarif anerkennen, doch ist bis jetzt die Hoffnung zerschanden geworden. Von Seiten der Christlichen sind

die Forderungen, die von den Gewerkschaften aufgestellt wurden, akzeptiert worden und haben sie sich mit den freien Gewerkschaften solidarisch erklärt. Es wäre vielleicht schon von einer Einigung zwischen den Parteien gekommen, wenn nicht von den übrigen Arbeitgeber-Verbänden in Düsseldorf gehetzt würde. Diese verschiedenen Arbeitgeber-Verbände wollen sich zusammenschließen, um den „ungerathen“ Forderungen der Arbeiter wirksam entgegenzutreten zu können. Eine Kommission ist schon gewählt, welche die nötigen Schritte zu einem engen Zusammenschluß der Arbeitgeber zu tun hat. Die Arbeitgeber erklärten sich in einer Versammlung auch gegen die Abschlüsse von Tarifverträgen; dieselben unterbinden das Bestimmungsrecht der Unternehmer und führen den Niedergang der Geschäfte herbei!

Die Bauarbeiter-Aussperrung im Ruhrgebiet.

Essen, 23. Juli. (Eig. Ber.) Herr Oberbürgermeister Zweigert teilte den Organisationsleitern bezug der Aussperrungskommission mit, daß die Sitzung der Einigungskommission nicht am Montag, sondern erst Dienstag abend 6 Uhr stattfinden könne, da verschiedene Unternehmer am Montag verhindert seien. Seitens der christlichen Organisationsleiter wurde daraufhin die Anweisung ausgegeben, die Arbeit bis zur Entscheidung der Einigungskommission wieder aufzunehmen. Begründet wurde das mit der Behauptung, die am Mittwoch bei Post statt gefundene allgemeine Bauarbeiter-Versammlung sei nicht kompetent gewesen, die dort gefassten Beschlüsse anzunehmen! Am Montag sollte bei Post wieder eine gemeinschaftliche Bauarbeiter-Versammlung stattfinden. Diese Versammlung mußte infolge des Beschlusses der christlichen Organisationsleiter wieder abgelehnt werden. Eine am Sonnabend abgehaltene Aussprache zwischen dem Vertreter des Zentralverbandes der Maurer Lübbering und dem Zentrums-Stadtverordneten Bücher als Vertreter der Christlichen zwecks Formulierung der aufgestellten Forderungen ist resultatlos verlaufen, weil Bücher bei der Abfassung des Vertragsentwurfes sich zurückzog. Der christliche Verband verlangt, daß er bei Aufzählung der Kontrahenten an die erste Stelle kommt.

Der Streik der Hamburger Bauarbeiter dauert unverändert fort! In der vorigen Woche fanden zwischen den Vertretern beider Parteien Verhandlungen statt, die einen befriedigenden Verlauf nahmen, indem man sich verständigte, beiden Korporationen einen Vergleich auf der „mittleren Linie“ zur Annahme zu empfehlen. Die am Freitagabend stattgehabte Innungsversammlung verwarf den Vergleich, die Meister wollen die Fortsetzung des Kampfes, der nunmehr schon neun Wochen dauert. Die Versammlung der Arbeitnehmer, die am Sonnabend tagte, beschloß ebenfalls die Fortsetzung des Lohnkampfes.

Die Klempner, Installateure und Kupferschmiede in Aachen beschloßen in zahlreicher Versammlung bei geheimer Abstimmung einstimmig, nach abgelaufener Kündigung in den Ausstand zu treten. Die Innung hatte die Lohnkommission nicht auf eine Antwort gewürdigt. Die freien und die christlichen Gewerkschaften gehen gemeinsam vor. Auch bei diesem Streik steht wieder ein durchwegs zentriertes gefasstes Unternehmertum „christlich“ organisiert und ebenfalls dem Zentrum anhängenden Arbeitern in schärfster Gegnerschaft gegenüber. In der Versammlung lag eine geheim verfaßte schwarze Liste der in Bonn, Viersfeld, Essen, Mültenfeld und Altenessen in den Ausstand getretenen Klempnergehülfen vor, die der Westdeutsche Verband der Klempnermeister jedoch verbietet hatte.

Der Ausstand in der Zuckersfabrik von Rath und Vredt in Köln hat nach zehntägiger Dauer mit einem vollen Erfolge der Arbeiter geendet. Es kam vor dem Gewerbegericht eine Einigung zu stande, wonach die Forderungen der Arbeiter bis auf geringe Abweichungen bewilligt wurden. Sämtliche Ausständige wurden wieder eingestellt. Einen solchen Sieg der Zuckersfabrikarbeiter, die als besonders rühmlich gelten, hätte vor einem oder zwei Jahren in Köln noch kein Mensch für möglich gehalten. Die gewerkschaftliche Organisation wirkt Wunder.

Gerichts-Zeitung.

Ein gewerkschaftlicher „Reichensbedderer“ wurde gestern der neunten Ferienkammer des Landgerichts I in der Person des Gelegenheitsarbeiters Gebhard Schneider vorgeführt. Der Angeklagte ist mehrfach vorbestraft, und zwar liegen alle seine Vorstrafen auf dem Gebiete der „Reichensbeddererei“. Er ist deshalb der Berliner Kriminalpolizei eine ziemlich bekannte Persönlichkeit, und sein getreues Konterfei zielt schon seit langem das Verbrecheralbum unter der Rubrik „Bedderer“. Als gewerkschaftlicher „Reichensbedderer“ betrieb er sein Handwerk auch mit den üblichen Werkzeugen, nämlich einer kleinen scharfen Säge und einem hartschärf geschliffenem Messer. Mit diesem Handwerkszeug ausgerüstet suchte der Angeklagte die öffentlichen Anlagen auf und spähte nach Opfern aus. Wenn er dann ein solches entdeckt hatte, einen Spaziergänger, der gewöhnlich des Guten etwas zu viel getan hatte, und dann sanft auf einer Bank eingesinkt war, so verfiel es der Angeklagte, mit seinen Instrumenten und in geschickter Weise und ohne daß der Schlaftrunk aufwachte, die Taschen aus dem Anzug herauszuschneiden oder nur aufzuschneiden und sich den Inhalt anzueignen. Mit Hilfe der Säge wurde dann noch die Uhrkette an einer geeigneten Stelle durchgeschnitten, und ehe der Schlaftrunk erwachte, war der Dieb mit seiner Beute längst spurlos verschwunden. — Im Mai d. J. wurde der Händler Greiser in einer Schaumweinwirtschaft in der Petersburgerstraße mit dem Angeklagten bekannt. Da ihm dieser keine Not machte, bezahlte G. für ihn auch noch Speisen und Getränke. Diese Gastfreundschaft wurde ihm aber von dem Angeklagten schlecht gelohnt. Greiser hatte etwas des Guten zu viel getan und schloß plötzlich eine unüberwindliche Müdigkeit in den Beinen. Er ließ sich auf einer Bank in den Anlagen in der Nähe der Petersburgerstraße nieder und ruhte bald sanft in Morpheus Armen. Der Angeklagte war ihm gefolgt und hatte sich neben ihm auf die Bank gesetzt. Nachdem er sich durch absichtliches Anstoßen des Schlafers überzeugt hatte, daß G. tatsächlich schlief, schnitt er ihm mit dem Messer den unteren Teil der Beute ab. Auf diese Weise gelang es ihm, außer zwei Zwanzigmarskücken noch die Uhr des Schlafenden zu entwenden. Der Diebstahl war indessen bemerkt worden und der Bedderer wurde auf frischer Tat festgenommen. Auf der Flucht hatte der Angeklagte versucht, die Uhr einer Prostituierten zuzustecken. — Der Gerichtshof, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ranzow, verurteilte den Bedderer mit Rücksicht auf sein überaus gemeingefährliches Treiben zu 2 Jahren Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Ein großes Lager gestohlener Waren, die zumeist aus den Warenhäusern von Zieh, Wertheim, Jandorf, Israel und Pfingst u. No. stammten, beschlagnahmte die Kriminalpolizei am 17. Februar d. J. anlässlich einer Hausdurchsuchung bei dem Restaurateur Oswald Jonas, der am Hohen Steinweg 3 eine kleine Schaumweinwirtschaft betrieb. Schon seit längerer Zeit beobachteten Kriminalhauptleuten, daß sich in dem Jonasschen Lokal ein geheimnisvolles Treiben abspielte. Des Abends nach Geschäftsabschluss der großen Firmen erschienen in dem Jonasschen Lokal mehrere Personen, anscheinend Hausdiener oder Kutsher, die jeder ein großes Paket unter dem Arme trugen. Nach einiger Zeit verließen sie dieses Lokal und zwar ohne jene Pakete. Es wurde weiter ermittelt, daß Jonas einen umfangreichen Handel mit allen möglichen Waren betrieb. In seinem Lokal bekam man außer Bier und Spirituosen gegen billiges Geld auch Pelzwaren, Wäsche, Tuche, Spitzen und Stidereien, Lederverarbeiten, Teppiche, Decken und alle möglichen Haushaltungsgegenstände zu kaufen. Das Jonassche Geschäft wurde wohl mehr aus diesem Grunde förmlich geführt, und zwar von Leuten, die billig kaufen wollten und von Händlern, welche die billig erworbenen Sachen weiter verschleuderten. Die Kriminalpolizei griff in einem günstigen Moment zu und hielt

eine Hausdurchsuchung ab. In dem Lokal selbst wurde nichts gefunden, dagegen in der im ersten Stockwerk gelegenen Privatwohnung, die eher einem Warenlager glich. Mehrere Gros-Herrenkragen, Kaffeegeschirre, Gläser, große Posten wertvoller Teppiche und Decken wurden beschlagnahmt. Der beherrschende Gastwirt wurde sofort hinter Schloß und Riegel gesetzt. Große Schwierigkeiten bereitete es, festzustellen, wo die beschlagnahmten Waren gestohlen worden waren. Die großen Warenhäuser wurden benachrichtigt, damit auf diesem Wege eine Rekognition der gestohlenen Waren ermöglicht werden konnte. Es gelang schließlich zu ermitteln, daß ein Teil der Waren aus dem Warenhaus von Wertheim und von einer Teppichgroßfirma Vaber u. No. am Vethanienufer hergestammt. Bald gelang es auch, die Diebe selbst zu ermitteln, die nun in Gemeinschaft mit dem Hefler Jonas gefahren vor der dritten Ferienkammer angeklagt waren. Wegen fortgesetzten Diebstahls waren angeklagt: der Hausdiener Louis Deichmann, der Handelsmann Friedrich Gogolinsky, der Kutsher Karl Schleicher, der Hausdiener Ernst Grundmann, der Hausdiener Richard Brandt und der Kutsher Robert Reiser, während sich der Gastwirt Jonas wegen gewerkschaftlicher Heflerei verantworten mußte. Als Verteidiger standen, den Angeklagten die Rechtsanwältin Dr. Schwindt und Dr. Cohn zur Seite. — Die angeklagten Diebe waren zum Teil gefändig, während Jonas keine Schuld in Abrede stellte. Dieser behauptete, die Sachen von Hausdienern gekauft zu haben, die ihm allerdings förmlich unbekannt waren, um sie zur Ausstattung seiner beiden 12- bzw. 14-jährigen Töchter zu verwenden. Die Beweisaufnahme ergab indessen, daß Jonas einen schwunghaften Handel mit den gestohlenen Waren betrieb hatte. Der Wert der bei ihm beschlagnahmten Waren beträgt mehrere Tausend Mark. Sie mußten nach der Hausdurchsuchung mit einem Kollwagen fortgeschafft werden. Der Gerichtshof glich eher einem Warenraum, denn im wüsten Durcheinander waren Wäsche, Spitzen, Geschirre, Teppiche und dergleichen vor Gericht aufgestapelt. Die Beweisaufnahme zog sich bis in die spätere Abendstunde hin, da über 30 Zeugen geladen waren. Der Gerichtshof gelangte nur bezüglich des Angeklagten Reiser zu einer Freisprechung. Im übrigen lautete das Urteil gegen Jonas wegen gewerkschaftlicher Heflerei auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und Nebenstrafen, gegen Deichmann und Gogolinsky auf je 6 Monate, gegen Schleicher auf 4 Monate und gegen Grundmann und Brandt auf je 6 Wochen Gefängnis.

Achtung! Sechster Wahlkreis!

Am Dienstag den 22. August findet die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Anträge zum Parteitage sind statutengemäß einzureichen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Eisenbahnunglück im Altenbeekener Tunnel.

Paderborn, 24. Juli. Amtliche Meldung. Der gestrige Unfall im Altenbeekener Tunnel ist vermutlich aus das Durchschlagen eines Steines durch das Tunnelgewölbe, der ein etwa 1,5 Quadratmeter großes Loch gerissen hat, zurückzuführen. Die nachdringenden Schuttmassen haben darauf den Tunnel verschüttet. Vermutlich war über dem Gewölbe ein hohles Terrain vorhanden, in dem sich Steinmassen gelöst hatten. Begünstigt wurde der Vorfall durch die enorm starken Regengüsse der letzten Zeit. Mit Ausnahme eines Falles sind sämtliche Belegungen von Personen nur leichter Natur. Die Aufräumarbeiten dürften noch etwa 3—4 Wochen in Anspruch nehmen.

Zur englischen Kabinettskrise.

London, 24. Juli. (B. Z. B.) Unterhändler. Unmittelbar an die Erklärung des Premierministers Balfour schloß sich eine hitzige Erörterung darüber an, welches Verfahren einzuschlagen sei. Endlich schloß Balfour vor, daß ein Minister formell den Antrag auf Verlegung des Hauses stellen und daß die Erörterung bezüglich Balfours Erklärung bei diesem Antrage stattfinden solle, welcher als ein Vertrauensvotum betrachtet werden solle, indem die Mitglieder, die die Regierung unterstützen, für und die Gegner der Regierung gegen den Antrag stimmen sollten. Daraufhin stellte Sir Acland Hood den Antrag auf Verlegung des Hauses und eine allgemeine Debatte folgte. Campbell Bannerman bezeichnete das Verhalten der Regierung als gänzlich verfassungswidrig, und führte aus, Balfour scheine zu glauben, er könne noch einige Monate dahinstolpern, in dem vergeblichen Bemühen, die konservative Partei zu rehabilitieren. Redmond (Nationalist) erklärte, das Mandat der Regierung sei erloschen und fragte, welches Recht Balfour habe, sich besondere Fähigkeiten für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches anzumahnen. Balfour unterbrach ihn mit der Bemerkung, daß er in seiner Rede die auswärtigen Angelegenheiten gar nicht berührt habe. Redmond erwiderte: Sie haben sich bei der kürzlich abgehaltenen Versammlung der konservativen Partei auf die großen Interessen des Reiches bezogen. Welches Recht hat der Premierminister, anzudeuten, daß er allein genügend Rechtschaffenheit und Vaterlandsliebe besitze, um die Interessen des Landes zu wahren? Diese Annahme ist etwas Unehrenhaftes. Es ist die Pflicht aller Verfassungstreuen, sich zusammenzuschließen und die Fortsetzung der Existenz dieser Regierung in diesem Parlament unmöglich zu machen. (Beifall bei den Oppositionellen.) Was die Nationalisten betrifft, so werden wir Bardon wieder geben noch annehmen. (Erneuter Beifall.) Wenn dieser Geist die ganze Opposition erfüllt, so werden wir mit dieser Regierung der Helden und Helden kurzen Prozeß machen. Redmond fragt im weiteren Verlauf der Verhandlungen an, ob Long nach der Abstimmung vom 20. Juli im Amte bleiben werde. Balfour erwiderte, der Gedanke, daß Long abdanken sollte, während die Regierung im Amte bleibe, sei ihm niemals gekommen. (Beifall bei den Ministeriellen.)

Da die Oppositionellen aus taktischen Gründen wünschten, sich der Abstimmung zu enthalten, wurde die Debatte ununterbrochenweise geschlossen. Der Antrag auf Verlegung, welchen die Ministeriellen unterstützten, wurde von der Opposition nicht angefochten und wurde demzufolge unter höhnischem Beifall und Gelächter der Ministeriellen einstimmig angenommen. Das Haus vertagte sich dann bis morgen.

London, 24. Juli. (B. Z. B.) Im Unterhause waren die Ministeriellen auf einen dringlichen Aufruf hin in großen Massen erschienen. Balfour erwidert im Verlauf der Debatte auf die heftigen Angriffe der Oppositionsredner, daß diese, während sie ihn angriffen, nicht versucht hätten, das konstitutionelle Argument zu widerlegen, welches er vorgebracht habe, um das Verhalten der Regierung zu unterstützen. Es ist demnach demnach, daß Balfour in seiner Rede auf die Möglichkeit einer Auflösung im Herbst nicht anspielte. Die Liberalen und Nationalisten sind entschlossen, den Maßnahmen der Regierung einen äußerst hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen, und es ist möglich, daß die Session sich länger hingiert.

London, 24. Juli. (B. Z. B.) Oberhaus. Staatssekretär des Inneren Parrott of Lansdowne gab eine Erklärung in demselben Sinne wie Premierminister Balfour im Unterhause ab. Lord Rosebery erklärt in einer kurzen Rede, die Regierung verzerre das konstitutionelle Prinzip; das Gefühl der Gerechtigkeit und des Mißtrauens gegen die Regierung nehme im Lande täglich zu, und je weiter die allgemeinen Wahlen hinausgeschoben würden, desto größer würde der Mißfall sein. Die Regierung beschäufliche sich mit umfassenden internationalen Fragen und tröste sich mit dem Glauben, daß sie allein fähig sei, sie zu behandeln. Es sei ja möglich, daß die Minister eine Versammlung verkannter Salomos seien (Heiterkeit), aber es läge nicht darauf an, wie sich die Regierung selbst betrachte, sondern darauf, wie die Regierungen anderer Länder sie betrachten. Wenn die Regierung mit fremden Mächten im Namen eines Landes verhandle, welches sie bei jeder möglichen Gelegenheit desabouiere, so verhandle sie auf sehr schwacher Grundlage. Er könne der Regierung nicht mit der Rückführung schmeicheln, daß sie in den Augen der fremden Regierungen, mit denen zu verhandeln sie allein fähig zu sein glaube, die wahren Gefühle und den wahren Sinn der britischen Nation verkörpere.

Schlafmächten" und dem „Wüten des Geschicks" gesprochen wird — die Schuld trägt ausschließlich die völlige Anzulänglichlichkeit der technischen Einrichtungen.

Zur Entwicklung des deutschen Bankwesens. Der „Deutsche Oekonomist" veröffentlicht in letzter Nummer, wie alljährlich im Juli, seine Hebericht über die Entwicklung der deutschen Banken im vergangenen Jahr. Auf wenigen wirtschaftlichen Gebieten vollzieht sich die Konzentration in gleicher Schnelligkeit wie im Bankgewerbe. Immer mehr häufen sich die Aktientapital- und Reservereserven der großen Banken, und neben der Zunahme der eigenen Mittel und der Kapitalkraft vollzieht sich eine stetige Vereinigung kleinerer mit größeren Banken zu sogenannten Interessengruppen. Vor ungefähr zwei Jahrzehnten, im Jahre 1883, gab es in Deutschland nur 113, 1904 dagegen 175 Banken; während aber in 1883 das Grundkapital der bestehenden Banken nur 1249 Millionen Mark betrug, stellte es sich 1904 auf 2967 Millionen Mark. Und noch stärker hat das Reservekapital zugenommen, denn es stieg in gleichem Zeitraum von 174 auf 785 Millionen Mark. Die Zahl der Banken hat also nur um ungefähr 50 Proz. zugenommen, die Summe ihrer eigenen Mittel aber um 164 Proz. Und gleichermaßen sind die fremden Mittel gestiegen, mit denen die Banken arbeiten, so daß Ende 1904 die Summe der eigenen und der fremden Mittel sämtlicher deutschen Banken sich auf 20,8 Milliarden Mark belief.

Und noch eine andere Tatsache ergibt sich aus der Aufstellung des „Oekonomist", nämlich, daß das Bankgewerbe sich recht gut rentiert. Im Jahre 1901, nach Eintritt der letzten Wirtschaftskrise, fiel die Durchschnittsbilanz auf 6,02 Proz.; sie hat sich aber seitdem wieder von Jahr zu Jahr gehoben; 1902 betrug sie 6,37 Proz., 1903 6,83 Proz., 1904 7,37 Proz.

Rationalbank für Deutschland. Wie kürzlich bereits von uns gemeldet wurde, verhandelte das Eisenbahnministerium mit der Rationalbank über den Ankauf des Bankgehörenden, Böhmer, 34 gelegenen Grundstücks. Diese Verhandlungen sind jetzt zum Abschluß gelangt. Der Fiskus erwirbt das Bank mit 1 800 000 M. zu Buch stehende Grundstück zum Preise von 3 300 000 M., wobei sich die Bank die mietweise Benutzung des Grundstücks auf längere Zeit gesichert hat. Wegen Ankaufs eines Grundstücks zum Zweck der Errichtung eines neuen Bankgebäudes schweben Unterhandlungen; mehrere feste Anstellungen auf geeignete Grundstücke sind bereits in Händen der Bank. — Die Rationalbank für Deutschland hat gleichzeitig vom Fiskus beim Notar in Berlin und Niedorf belegene Terrains in einer Gesamtgröße von circa 4200 Quadratmetern erworben. Die Parzellierung und Vermessung dieses Komplexes wird von der Bank in Gemeinschaft mit der „Union" Baugesellschaft auf Aktien und der Norddeutschen Immobilien-Aktiengesellschaft durchgeführt werden.

Kapitalistische Praktiken. Bekanntlich ist jüngst der im Washingtoner Ackerbauamt angestellte gewesene Statistiker Edwin Holmes plötzlich entlassen und gegen ihn eine Untersuchung eingeleitet worden, weil er den amerikanischen Baumwollspekulanten, die an der New Yorker und New Orleanser Börse zurzeit die Baumwollpreise treiben, heimlich Nachrichten über die amtlichen Baumwollschätzungen zugesandt hat. Wie die „New Yorker Handelszeitung" schreibt, haben diese Durchstreicher den ehrenwerten Mr. Holmes ein recht nettes Vermögen eingetragen. „Edwin S. Holmes jr.", sagt das Blatt, „braucht sich seiner Entlassung wegen, sofern dieselbe nicht noch Schlimmeres nach sich zieht, nicht besonders zu grämen. Wie es heißt, befindet er sich im Besitze eines hübschen Vermögens. Er hat unter anderem zugestanden, daß es ihn selbst überrascht habe, als ihm einer der New Yorker Baumwollmakler, mit dem er in Verbindung stand, und der ihm Gelegenheit gegeben hatte, sich an einem Minenunternehmen zu beteiligen, bei Gelegenheit mitgeteilt habe, sein Anteil an dem dabei erzielten Gewinn betrage 40 000 Dollar. Auch hatte er nichts dagegen einzutenden, wenn anlässlich seiner häufigen Anwesenheit in New York seine Geschäftsfreunde es sich zum Vergnügen machten, seine Hotel- und sonstigen Unkosten zu deduzieren. Nach der in Washington vorherrschenden Ansicht hätte Holmes ohne Mitwissen anderer Beamten seine unehrlichen Manipulationen nicht jahrelang aufrechterhalten können. Und wenn sich gegen seinen Vorgehen, den Statistiker John Hyde, auch kein Verdacht richtet, daß er sich unehrlicher Methoden schuldig gemacht habe, so werden ihm doch ungenügende Beaufsichtigung seiner Untergebenen und über-

mäßige Vertrauensseligkeit zum Vorwurf gemacht. Wie weit die Behauptung begründet ist, Holmes solle für andere Beamte zum „Sündenbock" dienen, dürfte der Verlauf der im Gange befindlichen Untersuchung aufklären."

Es liegt uns fern, die Handlungsweise des edlen Herrn Holmes, der seine Kenntnisse so vorteilhaft auszunutzen verstanden hat, entschuldigen zu wollen; aber um nichts besser sind die sauberen Großspekulanten, die ihm durch Mitbeteiligung an ihren Spekulationen zum Vertrauensbruch bewogen und dann seine Angaben zu ihren Zwecken ausgenutzt haben. Trotzdem werden aber diese dunklen Ehrenmänner von der kapitalistischen Presse als smarte Geschäftsleute angefaßt und bewundert, und wenn sie als reiche Betrüger sterben, widmet man ihnen schöne Nekrologe und lobt ihre hohen geistigen Eigenschaften.

Soziales.

Untersuchung der Einrichtungen und des Betriebes der Metallschleifereien. Der Reichsanwalt hat an den Handelsminister ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: In den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten ist schon seit langem auf die großen Gesundheitsgefahren hingewiesen worden, denen die Arbeiter in den Metallschleifereien beim Schleifen, Polieren, Schleifen und Putzen ausgesetzt sind. Die Schleifer leiden infolge der Einatmung von Metall- und Mineralstaub vornehmlich an Lungenerkrankungen, insbesondere an Schleiferkathma und Lungentuberkulose. Der Gewerbeinspektor zu Jserlohn hat aus 15 Krankentafeln seines Bezirks folgende Erkrankungsstatistik der Schleifer ermittelt: Von je 1000 Mitgliedern erkrankten an Lungenschwindsucht:

1894	33	Schleifer,	7,0	Richtschleifer,
1895	36		7,6	
1896	27		8,4	

Nach dem genannten Berichtsjahre soll dieser Verstoß so gesundheitschädlich sein, daß Schleifer im Alter von 40 bis 45 Jahren nur selten angetroffen werden. Besonders sind die Radelschleifer gefährdet, über welche der Physikus zu Jserlohn schon im Jahre 1853 schrieb: „Die Radelschleifer gehen durchschnittlich nach 15- bis 25jähriger Tätigkeit, zwischen dem 30. und Lebensjahre, an Lungenschwindsucht zugrunde." Das mittlere Lebensalter der von 1851 bis 1853 in Jserlohn verstorbenen Schleifer betrug 31 Jahre, stieg aber dank einer zum Schutze der Schleifer erlassenen Polizeiverordnung in dem Zeitraum 1855 bis 1897 auf 41 Jahre. Inzwischen wurden während dieser Zeit immer noch 55,5 Proz. von den Todesfällen unter den Radelschleifern durch Lungenschwindsucht verursacht. Die Metallschleifereien sind entweder Trodenerschleifereien oder Radschleifereien. In den Trodenerschleifereien atmen die Schleifer Metallstaub, sowie auch Sandstein- oder Schmirgelstaub und den Staub der Schleifmittel ein, wenn er nicht abgefangen und abgeseugt wird. In den Radschleifereien ist die Staubgefahr zwar erheblich geringer, doch leiden die Schleifer unter anderen Schädlichkeiten. Die Arbeitsräume sind feucht; die Arbeitskleider der Arbeiter werden vom Schleifstaub durchdrungen, und die Schleifer sind beim Schleifen, wobei sie die Gegenstände an die auf sie zu laufenden Steine andrücken müssen, starken Schütterungen ausgesetzt. Auch die Radschleifer atmen zeitweise, nämlich bei dem täglich zwei- bis dreimal erfolgenden Aufbauen der Steine, Sandsteinstaub ein. Zudem sind in den Radschleifereien einzelner Bezirke sehr lange Arbeitszeiten, im Regierungsbezirk Aachen z. B. im Winter 11 bis 12 Stunden, im Sommer bis zu 14 Stunden, üblich. . .

Es erscheint daher geboten, den Erlass reichsrechtlicher Vorschriften in Erwägung zu ziehen. Demgemäß beehre ich mich, zu eruchen, diese Frage auf Grund der Verhältnisse von den Gewerbeaufsichtsbeamten eingehend prüfen zu lassen. Die Vorschriften, die für eine Verordnung in Betracht kommen würden, habe ich unter Zugrundelegung der oben angeführten Polizeiverordnungen, sowie unter Berücksichtigung der von einzelnen Gewerbe-Aufsichtsbeamten beantragten Maßnahmen von meinem technischen Referenten zusammenstellen lassen.

Daß Vorsicht bei Erhebung einer Klage Zeit und damit auch Geld spart, hatte der Kellner L. nicht bedacht, als er gegen den Geschäftsführer (Oberkellner) Warisch beim Berliner Gewerbegericht eine Entschädigungsklage wegen verzögerter Auslieferung der Papiere anstregte. Der Beklagte verwalte ein von mehreren Geschäften des Cafés Peters. L. verklagte ihn als

seinen Arbeitgeber, mußte sich aber auf dem Gewerbegericht davon überzeugen, daß der Beklagte selber nur ein Angestellter sei, den er nicht aus dem fraglichen Grunde im Verfahren vor dem Gewerbegericht verklagen könne. Nachdem dies im 3ten Termin festgestellt worden war, mußte die Klage wohl oder übel wegen Unzulänglichkeit beziehungsweise mangelnder Passivlegitimation des Klägers zurückgenommen werden. Also Vorsicht bei Anstregung einer Klage! Natürlich bleibt die Möglichkeit der Klage gegen den wirklichen Arbeitgeber.

Landes-Bezirksärzte. Die Düsseldorf „Volkzeitung" weiß von einem beabsichtigten Attentat auf die Unfall- und Invalidenrentner zu berichten. Es sollen zwei Ärzte von der Regierung angefaßt werden, welche die Rentenansprüche sämtlicher Invaliden- und Unfallrentner nachprüfen haben. Die beiden Ärzte sollen den Titel Landes-Bezirksärzte erhalten. Die Verhandlungen mit den Betroffenen sollen schon so weit gediehen sein, daß in den nächsten Tagen die Verträge abgeschlossen werden. Behauptet wird, daß die Maßregel, die vorläufig nur als Versuch für den Regierungsbezirk Düsseldorf geplant ist, auf die ganze Monarchie ausgedehnt werden soll. Es soll also jetzt die Rentenquetscherei staatlich organisiert werden: ein sauberer Plan!

Die Zulage. Der Kollerei-Angestellte L. war Mitte April bei dem Kollereibetrieb Berlin in Arbeit getreten. Es wurde für den nächsten Monat eine Lohnzulage von 3 Mark vereinbart. Der Arbeitgeber zahlte für den Mai aber nur 1,50 Mark mehr, als der Anfangslohn betrug. Es kam zum Prozeß vor dem Berliner Gewerbegericht. L. verlangte noch 1,50 Mark. Der Beklagte bestritt den Anspruch und meinte, wenn jemand um die Mitte des April seine Stellung anträte, dann beginne der „nächste Monat" erst um die Mitte des Mai. Mit „nächstem Monat" sei der nächste Monatsmonat gemeint, nicht der nächste Kalendermonat, so daß auf den Mai (Mitte Mai bis Ende Mai) nur eine Zulage von 1,50 Mark entfalle. Das Gewerbegericht war aber der Meinung, daß nur der nächste Kalendermonat gemeint sein könne, und verurteilte den Beklagten zur Nachzahlung von 1,50 Mark.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Holz-Präsidenten.) Ruttgerste, gute Sorte, 1 Doppelzentner 16,00 (15,50), mittel 15,10 (14,30), geringe 14,20 (13,40), frei Wagen und ab Bahn. Guter, gute Sorte, Doppelzentner 16,30 (15,40), mittel 15,30 (14,50), geringe 14,40 (13,60), frei Wagen und ab Bahn. Nichtroh 5,00 (4,82). Den 6,50 (5,00). Erbsen, gelbe, zum Kochen 1 Doppelzentner 40,00 (30,00). Speisebohnen, weiße 50,00 (30,00), Ainen 60,00 (30,00). Kartoffeln 12,00 (7,00). Rindfleisch, von der Keule, 1 Kilogramm 1,80 (1,40), Bausfleisch 1,50 (1,20), Schweinefleisch 1,80 (1,30), Kalbfleisch 2,20 (1,20), Hammelfleisch 1,80 (1,40), Butter 2,80 (2,20), Eier (60 Stück) 4,00 (3,00). Karpfen, 1 Kg. 2,00 (1,40), Sale 3,00 (1,80), Jander 3,50 (1,40), Heide 2,80 (1,40), Barke 2,00 (1,00), Schale 3,00 (1,20), Bleie 1,60 (0,80), Krebse (60 Stück) 20,00 (3,00).

Witterungsübersicht vom 24. Juli 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag u. N.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag u. N.
Stettin	753	SW	1	Regen	16	Haparanda	760	W	4	heiter	21
Damberg	754	SW	2	bedeckt	18	Petersburg	755	SW	2	heiter	18
Berlin	754	W	3	bedeckt	18	Sibiry	763	SW	1	bedeckt	16
Frankf. a. M.	758	SW	3	bedeckt	19	Aberdeen	761	SW	1	bedeckt	13
München	758	W	5	bedeckt	19	Paris	761	SW	2	bedeckt	18
Wien	757	W	1	bedeckt	20						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 25. Juli 1905. Ein wenig kühler, ziemlich trübe und regnerisch bei mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 22. Juli. Elbe bei Ruffig - 0,16 Meter, bei Dresden - 1,71 Meter, bei Magdeburg + 0,78 Meter. — Uckerath bei Trausnitz + 1,20 Meter. — Oder bei Rathbor + 1,02 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 4,82 Meter, bei Breslau Unter-Regel - 1,44 Meter, bei Frankfurt + 1,15 Meter. — Weichsel bei Brombünde + 2,38 Meter. — Warthe bei Posen - 0,03 Meter. — Regs bei Uff + 0,65 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 25. Juli. Anfang 7 1/2 Uhr: Neues Operntheater. Carmen. Anfang 8 Uhr: Zentral. Die Geisha. Schiller O. (Wallner-Theater.) Die weiße Dame. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.) Hofkunst. Westen. Der Soabrettenjäger. Lustspielhaus. April-Parade. Carl Weiß. Lehmanns Abenteuer. Weiße Alliance. Ren All Ben. Reichshallen. Gastspiel Doktor Jungbühnel. Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Singel-Tempel. — Am Doggellaband. — Spezialitäten. Metropol. Die Herren von Maxim. Berliner Prater-Theater. Zwischen Himmel und Erde. Stadt-Theater Moabit. Ritter Gräber. Urania. Taubenstr. 48/49. Die deutsche Nordseeküste. Invalidenstr. 57/62. Gastan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Neu!! Admiral Togos Besuch bei Admiral Roschafstewsky im Hospital zu Kioto! Neu! Elitekapelle „Berolina". Lebende Photographien! Metropol-Theater. Der größte Erfolg der Saison! Zum 261. Male: Die Herren von Maxim. Große Ausstattungsgesamtheit mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr. Fröbels Allerlei-Theater. Schopenhauer Allee Nr. 148. Ob schön! Täglich: Ob Regen! Konzert, Theater, Spezialitäten. 15 Attraktionen in 1. Rang 15. Eine aus den Amorsälen. Goldst. m. Ges. in 3 Akte. v. F. Werner. Extra-Tanz. Kaffeeküche. Anf. 4 Uhr. Entree 30, Sperrst. 50 Pf.

Neues kgl. Opern-Theater. Anfang (Kroll.) 7 1/2 Uhr. Vorletztes Gastspiel Thea Dorro: Carmen. Mittw.: Der Widersp. Zähmung. Donnerst.: Letztes Gastsp. Thea Dorro: Carmen. Freitag: Lustige Weiber. Sonnabend: Traviata. Victoria-Brauerei. Lützowstr. 111/112. Täglich: Horst's Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Tanz.

Urania Taubenstr. 48/49.

Die deutsche Nordseeküste. Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. GASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165. Neu!! Admiral Togos Besuch bei Admiral Roschafstewsky im Hospital zu Kioto! Neu! Elitekapelle „Berolina". Lebende Photographien!

Metropol-Theater

Der größte Erfolg der Saison! Zum 261. Male: Die Herren von Maxim. Große Ausstattungsgesamtheit mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

Schopenhauer Allee Nr. 148. Ob schön! Täglich: Ob Regen! Konzert, Theater, Spezialitäten. 15 Attraktionen in 1. Rang 15. Eine aus den Amorsälen. Goldst. m. Ges. in 3 Akte. v. F. Werner. Extra-Tanz. Kaffeeküche. Anf. 4 Uhr. Entree 30, Sperrst. 50 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Komisch-Oper. Dienstag, abends 8 Uhr: Gastspiel Heinrich Stiel. Die weiße Dame. Kom. Oper in 3 Akten. v. H. Boieldieu. Mittwoch, abends 8 Uhr bei halben Preisen: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die verkaufte Braut. Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Dienstag, abends 8 Uhr: Hofkunst. Lustspiel in 4 Aufzügen von Thilo v. Trotha. Mittwoch, abends 8 Uhr: Hofkunst. Donnerstag, abends 8 Uhr: Hofkunst. Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. Artistic Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Donnerstag: Silbe-Tag. Fernsprecher IV. 6891. Max Klem.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation. Ob schön! Täglich Ob Regen! im herrlichen Garten oder Saal: Konzert und Vorstellung. Vollständig neues Programm, das größte und beste Berlin's. 40 Sensations-Nummern. Entree Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein Kind unter 10 Jahren frei, ältere zahlen halben Eintrittspreis.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Zum letzten Male: Die schöne Galathee. Regie: Dir. Rob. Dill. Mittwoch: Großer Premieren-Abend. Zum 1. Male: Ehrlich. Volkst. Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf. Ball. Kaffeeküche von 3-6 Uhr.

Achtung! Sonnabend, der 21. Oktober, ist für große Verbände oder Vereine noch frei. 38232. Louis Kellers Festsäle, Koppenstr. 20.

Passage-Panopticum.

Die Sensation der Saison: Der Riese Machnow. der größte Mensch, der je gelebt hat. Ohne Extra-Entree. Real zum erstenmal in Europa.

Der lebende Eismensch

aus dem nördlichsten Kanada. Ohne Extra-Entree.

Etablissement Buggenhagen

Mortzplatz. Täglich im großen schattigen Garten: Streich-Konzert. Ricardo Muncz. Bei ungenügendem Wetter im Saal.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 68. Tägl. das Sensations-Quizprogramm. The Newsomnes, Kombination. Das Beste in diesem Genre. Außerdem: Coradini, Wolf, Freya, Hill und Hull, Latourds, Harib, Tom-Tit sowie Die Loreley. Im Saal: Ball. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Nummer. Platz 50 Pf. Morgen: Benefiz für den Oberregier Heinrich Richter. Hochmaliges Gastspiel der Schlaf-tänzerin Magdalena.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Lehmanns Abenteuer. aus dem russ.-jap. Kriegsschauplatz. Anf. 8 Uhr. Morgen dieselbe Vorst. Im Sommergarten: Grob. neues Juli-Spezialitäten-Programm. Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf. Mittwoch: Großes Kinderfestspekt.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags 5 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater.

Stürmisches ununterbrochenes Lachen! Der Gypsel der Komik! bis Ein Abend in einem 10 1/4 Uhr: amerik. Tingel-Tangel. Vorher 8 Uhr: die grandiosen Juli-Spezialitäten und Hochzeitsabend Paul Lincko. Bei gr. Schattig. Sommergart. Konzert.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Wochentags: Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

Paul Schwarz' Sommer-Theater

Lichtenberg, Dorfstr. 25/26. Täglich: Konzert. Große Spezialitäten-Vorstellung. Das großartige Juli-Programm. Anfang 5 Uhr. Jeden Mittwoch: Elite-Tag.

Parteigenossen, leht die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl ein!

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Spandauer Schiffahrtskanal. Das Lokal von Georg Wehl zur „Wachbude“ steht der Arbeiterkassette zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Armut und Tod

Sollen also doch nicht so nahe beieinander wohnen, wie wir das kürzlich in unserer Betrachtung über Säuglingssterblichkeit und soziales Elend (in Nr. 167 vom 20. Juli) geschildert haben. In der „Deutschen Tageszeitung“ werden wir jetzt darüber belehrt, daß unsere Anschauungen irrig sind, und es wird uns vorgehalten, daß wir von der Sache nichts verstehen. Wer dabei verharret, daß die Höhe der Säuglingssterblichkeit in ursächlichem Zusammenhang mit dem sozialen Elend steht, der weiß — nach der Versicherung des Agrarierblattes nicht, was Forscher wie Voedch und andere nachgewiesen haben. Will die „Deutsche Tageszeitung“ nicht mitteilen, wo und wie Voedch usw. es widerlegt haben, daß das soziale Elend von Einfluß auf die Höhe der Säuglingssterblichkeit ist?

Das klagende Geschwafel des Blattes ist reich an eigenen Irrtümern. Da wird z. B. die Frage aufgeworfen, aus welchem Grunde die Säuglingssterblichkeit in Berlin in den letzten 30 Jahren zugenommen habe. Dabei ist für Berlin nicht eine Zunahme, sondern eine Abnahme zu verzeichnen. Das müßten ja auch ganz besonders verrottete Zustände sein, wenn in 30 Jahren nicht wenigstens einige Besserung erreicht worden wäre. Die „Deutsche Tageszeitung“ fügt hinzu, in Berlin seien 1885 noch über 55 Proz. aller Säuglinge, dagegen fünf Jahre später (das wäre also doch wohl 1890?) nur noch 31,4 Proz. mit der Brust genährt worden. Auch diese Angabe stimmt nicht. Richtig wiedergegeben ist nur die Zahl für 1885. In den Volkszählungsjahren 1890, 1895 und 1900 wurden 50,7 Proz., 43,1 Proz. und 37,5 Proz. mit der Mutterbrust ernährt. Wenn im übrigen der Verfasser der in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichten Notiz seine Rase einmal etwas in die Voedchschen Veröffentlichungen hineinstecken wollte, so würde er merken, daß und warum diese Zahlen nur geringes Vertrauen verdienen und daß namentlich die Ergebnisse seit 1885 als zu hoch angesehen werden müssen. Wollten wir sie trotzdem als zuverlässig hinnehmen und als Beweis für die an sich richtige Behauptung, daß in Berlin die Gewohnheit, die Kinder selber zu stillen, leider nachgelassen hat, so bliebe immer noch die Erscheinung aufzuklären, daß dennoch die Säuglingssterblichkeit in Berlin nicht zugenommen hat.

Die Milch allein tut's eben nicht, die gute Nahrung nicht und auch nicht die Muttermilch. Das ist eine Wahrheit, an der keine Mysterienstatistik des Agrarierblattes rütteln kann. Gewiß, unter den Brustkindern ist die Sterblichkeit geringer als unter den Pöppelkindern. Doch wer will hier entscheiden, wieviel dabei der Nahrung und wieviel der Pflege zu danken ist? Denn bei den Brustkindern ist gewöhnlich auch die Pflege besser als bei den Pöppelkindern. Es kann ja nur die Mutter ihr Kind selber stillen, die die Möglichkeit hat, ihm den ganzen Tag hindurch nahe zu sein. Einem solchen Kinde kann dann natürlich auch eine andere Pflege zuteil werden als einem Pöppelkinde, das oft die in oder außer dem Hause arbeitende Mutter der Obhut eines noch schulpflichtigen Mädchens oder den selber beschäftigten Nachbarinnen überlassen muß. Der Mangel an Pflege ist es auch, der kaum weniger als die ungeeignete Nahrung dazu beitragen dürfte, daß vielen Pöppelkindern besonders die heißen, erschöpfenden Sommertage so verhängnisvoll werden.

An sich ist Ernährung mit Kuhmilch keineswegs eine so sehr große Gefahr für einen Säugling, wenn ihm dabei die rechte Pflege zu teilwird. Wenn das Kind eines Wohlhabenden mit der Flasche aufgezogen wird, so hat es sehr viel mehr Aussicht, den Sommer zu überleben, als ein Proletarierkind. Der Tod weilt schon, wo ihm im Sommer Ernte winkt. Er geht meist vorüber an den Türen der Reichen und klopft desto öfter da an, wo die Armut wohnt.

Im Wahlbureau des Magistrats, das im Hause Poststraße 16 seinen Sitz hat, ist es in der vorigen Woche noch ein drittes Mal geblieben. Erst am letzten Sonntag hat sich ein größerer Andrang von solchen, die die Wählerlisten nachsehen wollten, bemerkbar gemacht. Namentlich gegen Mittag ging es dort zu wie in einem Bienenstock. Das war ein beständiges Kommen und Gehen, aber alles wickelte sich rasch und glatt ab. Ein noch größerer Andrang wird für den nächsten Sonntag erwartet, an dem die Listen zum letzten Male ausliegen (von 9—1 Uhr). Wunschenswert ist aber, daß diejenigen, die es anders können, nicht erst bis zu diesem äußersten Termin warten, sondern schon an den nächsten Wochentagen, wo die Listen von 9—3 Uhr nachgesehen werden dürfen, nach dem Wahlbureau gehen und ihre Pflicht erfüllen.

Denn die Wählerlisten zu prüfen und eventuell Berichtigung zu beantragen ist in der Tat eine Pflicht, die jedem Wähler obliegt und deren Erfüllung sich niemand ersparen sollte. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen, auch wenn er sonst wahlberechtigt ist. Solche Irrtümer sind nicht selten, und besonders Arbeiter, die oft ihre Wohnung wechseln, können leicht in den Listen vergessen werden. Auch das kommt vor, daß ein Arbeiter fälschlich als „Schlafburche“ gemeldet worden ist und deshalb nicht in die Liste aufgenommen wurde. Dagegen kann nur Einspruch erhoben werden, wenn man rechtzeitig die Listen prüft oder sie durch beauftragte Personen (Adressen von dazu berechneten Parteigenossen sind im „Vorwärts“ veröffentlicht worden) prüfen läßt. „Schlafburchen“ sind zur Freude des Freisinnigen nicht wahlberechtigt, wohl aber sind solche Personen wahlberechtigt, denen das von ihnen zum Schlafen benutzte Zimmer jederzeit auch zu ihrer freien und selbständigen Verfügung steht. Auch mancher, der all die anderen, wiederholt von uns aufgezeigten Voraussetzungen der Wahlberechtigung vollständig erfüllt, wird infolge irgend eines Verfehlers dennoch nicht in die Liste aufgenommen.

Es ist wirklich nicht nötig, daß ein Arbeiter sich auf diese Weise um sein Wahlrecht bringen läßt. Wer dann am Wahltag vom Wahlvorsteher zurückgewiesen wird und nicht mitwählen darf, der schimpft vielleicht auf die „Bummelei“, die im

Wahlbureau des Magistrats herrscht und von der er leider keine Abnung gehabt habe. Er hat zu allererst über seine eigene Nachlässigkeit zu schimpfen.

Der Sturm auf die Freibank.

Wenn das Gute teuer wird, steigt die Nachfrage nach dem weniger Guten. Wenn die Nahrungsmittelverkäufer ihre Wucherpreise fordern dürfen, findet minderwertige Ware willige Abnehmer. Wenn der künstlich gesteigerte Mangel an Schlachttier und Fleisch den viehproduzierenden Landjüngern die Taschen füllt, flüchtet die unbemittelte Bevölkerung sich zu den Freibänken, den Verkaufsstellen von „minderwertigem“ und nur „bedingt tauglichem“ Fleisch.

Die Berliner Freibank hat mehrere Läden in verschiedenen Stadtteilen eingerichtet, natürlich nicht da, wo die Elite der Gesellschaft wohnt, sondern in den Arbeitervierteln. Das Fleisch, das aus allerlei Gründen als minderwertig gelten muß, auch solches, das auf dem Schlachthof als von kranken Tieren her rührend erkannt, aber für noch nicht gesundheitsschädlich angesehen wird, bleibt dem gewöhnlichen Handel entzogen und wird der Freibank überwiesen. Der Absatz dieses Fleisches ist ja stets ziemlich glatt konstant gegangen; aber so dicht, wie jetzt in der Zeit der Fleischsteuerung, haben sich die Käufer denn doch noch nicht vor den Freibankläden gedrängt.

Schon ein bis zwei Stunden vor Beginn des Verkaufes finden sie sich am frühen Morgen ein und warten draußen auf der Straße, bis der Laden geöffnet wird. Viele Hunderte von Personen — meist Frauen und alle Männer und jetzt in den Ferien auch Kinder — sammeln sich da manchmal an, ehe endlich die Tür sich öffnet. In den letzten Tagen standen sie im strömenden Regen mit ihren Körben, Taschen, Töpfen und Eimern, ohne sich von der Stelle zu rühren. Wenn dann die erlösende Stunde schlägt, dann drängt alles nach vorn, um möglichst bald in den Laden hineingelangen. Aber eine fürsorgliche Polizei, die hier im voraus zur Stelle ist, wehret dem Ungeheuer der Kaufstürmen und steht darauf, daß einer nach dem anderen herankommt. In der Thierstraße am Viehhof, wo selbst der widerwärtige Gestank der benachbarten Bertonfütterwerke den Kunden der dortigen Freibank-Verkaufsstelle das feilgehaltene Fleisch nicht zu verfehlen vermag, trafen wir unter den Hunderten, die die erhaltene Ware nach Hause trugen, einen alten Mann, der einen Feldstuhl bei sich hatte. Er hatte zwei Stunden gewartet, aber als Kenner der Verhältnisse hatte er weislich für Stillegelegenheit gesorgt. Der Alte freute sich, daß ihm überhaupt noch etwas verkauft worden war. Mander, der in den letzten Reihen steht, kommt zu spät heran und muß hören, daß schon wieder alles verkauft ist. Was vom Schlachthof eingeliefert worden ist, wird fast stets innerhalb weniger Stunden vollständig abverkauft. In der Görlicher Straße, wo wir eines Morgens vor der dortigen Freibank-Verkaufsstelle den Eröffnungskost abwarteten, wurde unter der angesammelten Menge die gegenwärtige Fleischnot mit ingrimmigem Eifer diskutiert. „Jetzt kann doch überhaupt niemand mehr zu einem anderen Schlächter gehen!“ rief eine Arbeiterfrau, und von allen Seiten wurde ihr zugestimmt.

Die Leute, die von der Freibank kaufen, sind noch lange nicht die Allerärmsten, für die ja selbst der ermäßigte Preis des Freibankfleisches noch unerschwinglich ist. Es sind die Familien von Arbeitern, die wenigstens immer noch ihren regelmäßigen, wenn auch nicht großen Verdienst haben, daneben auch die Familien von kleinen selbständigen Handwerkern und von Unterbeamten. Sie alle haben ihre Abneigung gegen das Freibankfleisch überwinden, weil sie sonst grobenteils oder gänzlich auf den Fleischgenuss verzichten müßten.

Was mag ein Baujunker, der vom Nahrungsmittelwucher reich geworden ist, wohl denken, wenn er bei einer Freibank-Verkaufsstelle vorübergeht und diesen Ansturm sieht? Sein erster Gedanke wird wahrscheinlich der sein, daß die Viehpreise am Ende noch eine weitere Steigerung vertragen könnten.

Zur Statistik der Todesursachen. Die städtische Deputation für Statistik weist in ihrem sechsten erschienenen Verwaltungsbericht für das letzte Etatsjahr darauf hin, daß seit Anfang 1904 den ärztlichen Totenscheinen Fragebogen beigegeben sind, auf denen die letzte dem Statistischen Amte Angaben über etwaiges Vorliegen von Selbstmord, Unfall oder Verbrechen, ferner von Alkoholismus, Syphilis, Seisteskrankheit, Frühgeburt oder erblicher Veranlagung machen, jedoch ohne Nennung des Namens und der Wohnung der verstorbenen Personen. Es wird in Aussicht gestellt, daß Ergebnisse schon in die demnächst erscheinenden statistischen Jahrestabellen für 1904 aufgenommen werden. Diese neue Vervollständigung der Todesursachen-Statistik ist geeignet, über manche Erscheinungen des sozialen Massenlebens neue Aufschlüsse zu geben. Am lehrreichsten wäre freilich wohl eine Todesursachen-Statistik, die auch die Einkommensverhältnisse der Verstorbenen berücksichtige. Aber das wäre schwer auszuführen, und im übrigen könnte eine so weitgehende Vervollständigung statistischer Erhebungen den herrschenden Klassen sehr unangenehm werden. Eine volle Aufklärung über die Begleiterscheinungen des Gegenatzes zwischen arm und reich gilt dort als wenig wünschenswert.

Ein Helfer in der Not. Hülferufe drangen in der vorletzten Nacht von einem Ballon des Hauses Danzigerstr. 78 auf die Straße. Eine Anzahl junger Leute stürmte daraufhin in das Haus, eilte die Treppe hinauf und erhielt unter der Parole: „Hier ist die Polizei!“ Einlaß in die Wohnung, aus der die Rufe gekommen waren. Die eintretenden jungen Leute fanden einen südmichigen ehelichen Auftritt vor und wollten den Ehemann als schuldigen Teil nach der Polizeiwache bringen. Einer dieser „Polizisten“ benutzte die Gelegenheit, während sich die anderen mit dem Ehemann beschäftigten, um eine Taschenuhr zu stehlen. Die Tat blieb aber nicht unbemerkt; der Gelegenheitsdieb wurde gehörig verblüht und zugleich mit dem Mann nach der Wache gebracht. Wegen den letzteren konnte natürlich nichts unternommen werden; der freundliche Helfer aber wurde eingeliefert.

Ein Automobilunfall, von denen einer einen tödlichen Veranlassung, werden vom gestrigen Sonntage gemeldet. Gegen 4 Uhr morgens wurde am Oranienplatz ein unbekannter, etwa 50 Jahre alter Mann von dem Automobil Nr. 4268 niedergebrosen und überfahren. Die Räder gingen dem Unglücklichen über den Unterleib hinweg, so daß sein Tod auf der Stelle eintrat. — Beim Ueberfahren der Daleschen Lorbrücke verfuhr gestern nachmittags gegen 2 Uhr der Arbeiter Wolter einem Omnibus auszuweichen. Hierbei lief er derartig gegen eine Automobilbrotsche, daß ihm deren rechtes Hinterrad über den rechten Fuß hinwegging. Er erlitt eine starke Quetschung und erhielt auf der Unfallstation am Tempelhofer Ufer die erste Hilfe. Von dort aus konnte er mittels Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden. — Der dritte Unglücksfall trat gestern nachmittags gegen 8 Uhr in der Grunewaldstraße in Schöneberg zu. Dort wurde die Verkäuferin Anna Fiedler von einem übermäßig schnell fahrenden Automobil niedergebrosen und überfahren. Die Räder gingen ihr über beide Beine hinweg, deren Unterarm gebrochen wurden. Die Verunglückte wurde nach einem Krankenhaus übergeführt. — Auf der Spandauer Landstraße zwischen Gammelsdorfweg und Ober-Schönweide fuhr gestern abend gegen 1/2 8 Uhr ein Radler gegen ein in gleicher Richtung fahrendes Automobil, in welchem sich ein Herr und eine Dame befanden. Bei dem Zusammenprall wurde der Radler umgestoßen und fiel mit dem Kopf gegen die Speichen des linken Hinterrades. Er erlitt eine

schwere Kopfwunde und wurde mit dem Automobil, dessen Führer an dem Unfall kein Verschulden trift, nach Berlin gebracht.

Totgequatsch. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Montag nachmittag in der Schönhauser Allee vor dem Grundstücke des Straßenbahndepots. In dem Wagenkasten des letzteren stand ein Motorwagen zur Abfahrt bereit. Der Werkmeister Otto Krause, in der Schönhauser Allee 89 wohnhaft, wollte den Wagen benutzen und begab sich nach dem Bahnhofgrundstück. In demselben Augenblick setzte sich der Motorwagen in Bewegung und R. blieb zwischen dem Schienenstränge und dem Vorgartengitter stehen, um den Wagen heranzukommen zu lassen und in der Fahrt zu besteigen. Er stieg auf das Trittbrett der Hinterplattform des Wagens, glitt jedoch ab und wurde zwischen die seitliche Perronwand und das Vorgartengitter gequetscht. Der Werkmeister brach bestimmungslos zusammen und wurde nach dem Bahnhofe gebracht, wo selbst der sofort hinzugerufene Arzt nur den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte.

Von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet wurde vorgestern abend gegen 12 Uhr ein unbekannter, etwa 40-jähriger, dem Arbeiterstande angehöriger Mann. Er wollte am Velle-Alliance-Platz, etwa dreißig Meter vor der Haltestelle, den Straßenbahnwagen Nr. 2770 der Linie 64 (Zoologischer Garten—Landsberger Allee) besteigen, glitt jedoch vom Trittbrett ab und fiel zwischen Motor- und Anhängewagen zu Boden. Obwohl der Schaffner den ersten sofort das Notignal gab, geriet der Mann unter den Anhängewagen, dessen Räder ihm über Brust und Leib hinweggingen. Dem Unglücklichen wurde der Leib buchstäblich auseinandergerissen, so daß die Eingeweide herausgingen. Der Verunglückte wurde tot unter dem Wagen hervorgezogen.

Tödlich verlaufen ist ein Unglücksfall, der sich am Mariannen-ufer 8 ereignete. Der 41 Jahre alte Arbeiter Albert Kling aus der Wäldenstraße 8 wurde durch den Tritt eines Pferdes invalide und bezog eine Rente. Da diese natürlich nicht ausreichte, um ihn und seine Ehefrau zu ernähren, so verdiente er als Gelegenheitsarbeiter etwas hinzu. Als solcher war er behilflich, um Teile eines abgerissenen Kessels auf einen Kollwagen zu verladen. Die Last war ihm zu schwer und legte sich ihm, nachdem er umgefallen war, auf die Brust. Kling starb an den Folgen dieses Unfalls in einer Klinik. Die Leiche wurde zur Erörterung der Schuldfrage beschlagnahmt.

Die Flederer an der Arbeit. Es vergeht kein Tag, an dem sich nicht Verlenen melden, die das Opfer von Flederern geworden sind. Recht lohnende Beute machte gestern abend einer dieser gefährlichen Diebes-Spezialisten in den Anlagen der Gneisenaustraße. Der Maurer Steller war dort von der Arbeit kommend übermüdet auf einer Bank eingeschlafen. Als er bald wieder erwachte, waren ihm Uhr und Kette im Werte von 34 Mark sowie das Portemonnaie mit etwa 10 Mk Inhalt gestohlen worden. Trotzdem dicht in der Nähe zahlreiche Kinder gespielt hatten, konnte der Flederer unbemerkt „arbeiten“.

Ein unglaublich dreister Einbruch ist am Sonnabend nachmittag in der Schlächterei von Paul Seifart, Großgörschenstr. 8, verübt worden. Am hellen Tage, während die Angeestellten in den Keller räumen arbeiteten, drangen Einbrecher in die hochparterre belegenen Schlafräume und stahlen dort, was sie Wertvolles nur entdecken konnten. Die Spargelder der Angeestellten fielen den Dieben zur Beute. Die gesamte Sonntagskleidung der Gefellen und Rademidchen wurde von der Wande gestohlen. Von den Geschädigten sind die Gefellen Joseph Buchta, am 9. Juli 1886 geboren und der 26 Jahre alte Gwint besonders dadurch hart betroffen, daß die Diebe auch ihre Papiere mitgenommen haben. Auf den Namen des ersten stahlen die Einbrecher das Verbandsbuch Nr. 243, das Arbeitsbuch, die Arbeitskarte und von letzterem den Militärpaß. Gwint hat auch seine Taschenuhr mit eingraviertem Namen eingestiftet. Vielleicht gelingt es, bei einem etwaigen Vorzeigen der Papiere die Einbrecher zu ermitteln.

Aus Angst vor dem betrogenen Komplizen hat sich der mehrfach bestrafte Hermann Obloch der Polizei selbst gestellt. Er war mit einem Genossen in ein Automobilwerk eingedrungen und hatte außer verschiedenen Maschinenteilen auch noch 30 Kaninchen mitgenommen. Nachdem die ersten verkauft waren, setzte O. gegen den Willen seines Teilhabers die Tiere zu einem niedrigen Preise bei einem Händler ab. In der nächsten Nacht brachen sie bei dem Händler ein und stahlen die Kaninchen wieder. Den Erlös aus dem zweiten Verkauf der Kaninchen behielt O. für sich allein, das verstimmt den Komplizen derart, daß er durch einen Dritten die Verhaftung Oblochs betreiben, ihm aber vorher eine gründliche körperliche Bädigung angedeihen lassen wollte. O. erfuhr dies und ließ sich lieber einsperren, als daß er sich der Rache seines Spießgesellen preisgab.

Das Bestreben fahrender Wagen hat wieder einen Todesfall zur Folge gehabt. Der 38 Jahre alte Arbeiter Karl Karsten aus der Hennigsdorferstr. 24 befand sich am Sonnabendabend auf dem Wege nach seiner Wohnung und versuchte von hinten auf einen mit Kies beladenen Wagen zu springen. Der Rutscher warnte ihn, fand aber keine Beachtung. Karsten fiel bald darauf herunter, und die schwere Last ging ihm über Brust und Leib. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß der Tod kurz darauf eintrat.

Das überschnelle Fahren eines Schlächterfuhrwerks hat Sonntag früh wieder einmal einen schweren Unglücksfall herbeigeführt. Gegen 7 Uhr kam von der Kommandantenstraße her durch die Lindenstraße ein großer Kastenvagen des Kunstgärtners Karl Curio aus der Berlinerstraße 54/55 zu Weichen. Auf dem Wege saßen zwei Männer und eine Frau. Das Gefährt fuhr in langsamem Trab und war eben im Begriff, die Oranienstraße zu kreuzen, als in demselben Augenblick ein Schlächterfuhrwerk im tosen Galopp aus der Oranienstraße dahergesauert kam. Es fuhr direkt auf den Kastenvagen los und warf diesen um, wobei auch das Pferd stürzte und zwei Personen vom Hof auf die Straße geschleudert wurden. Der Rutscher wurde zwischen Wagen und Pferd eingeklemmt und konnte nur mühsam aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Er hatte aufsehend schwere innere Verletzungen davongetragen und mußte nach dem Krankenhaus am Urban geschafft werden. Die beiden anderen Personen kamen mit Hautabstrichungen weg. Der Führer des Fleischwagens, ein Schlächter Pollack aus der Gubenerstraße, wurde festgesetzt.

Eine Petition der Standinhaber der Markthallen an die städtische Markthallenkommission verlangt 1. bessere Beleuchtung der Markthallen; 2. hygienische Müllbeseitigung; 3. bessere Ventilation; 4. Regelung der Temperaturverhältnisse; 5. Kellertrennung; 6. Schutz gegen Diebstahl; 7. Ermäßigung des Standgelbes; 8. Verzinsung der Wasserleitungen der Fischhändler; 9. Unterstüßung des Kaufmanns im Verlangen der Beschäftigung an den Werktagen vor Karfreitag, Himmelfahrtstag, Vintag sowie am 23. und 30. Dezember; 10. Abfuhr konfiszierter Wildes und Fleisches vom Jannern der Halle, während diese geschlossen ist. Zum letzten Punkt sagt die ausführende Begründung, daß nach der bisherigen Gepflogenheit konfiszierteres Wild und Fleisch über die Straße gebracht und vor den Augen des Publikums aufgeladen wird. Hierüber werde der Einbruch hervorgerufen, daß schlechtes Fleisch in der Halle verkauft würde.

Diebstahl von Fernsprechrast. Das Abschneiden der Drahtdrähte der Telegraphenverwaltung in der Umgebung Berlins will

Letzt Ende nehmen. Die Ober-Postdirektion Berlin hat deshalb die Besetzung für die Ermittlung der Täter jetzt von 50 auf 100 M. erhöht. Bei zwei derartigen Diebstählen sind jetzt je 100 M. Besetzung für die Ermittlung der Diebe ausgesetzt. In der Nacht vom 14. zum 15. ist am Steindamm in Hohen-Schönhausen zwischen den Stangen 10 und 11 bzw. 11 und 12 der Draht von 12 bzw. 17 Anschließleitungen durchschnitten und gestohlen worden. Das Gewicht des entwendeten 1,5 Millimeter starken Bronzedrahtes beträgt 29 Kilogramm und dessen Wert rund 55 M. In der Nacht vom 18. zum 19. ist ferner zwischen den Stangen 15 und 16 am Spandauer Bock der Draht von 12 Anschließleitungen durchschnitten und gestohlen worden. Es beträgt das Gewicht des entwendeten 2 Millimeter starken Bronzedrahtes 15,2 Kilogramm und des 1,5 Millimeter starken 8 Kilogramm, der Wert 35 M. Hoffentlich gelingt es endlich diese Störenfriede des öffentlichen Verkehrs dingfest und unschädlich zu machen.

Verloren wurde am Sonnabendabend zwischen 7—1/8 Uhr auf dem Wege von der Lychenerstr. 2/3 bis zur Treschowstr. 14 ein Lederportemonnaie mit ca. 33 M. Inhalt. Dieser Betrag ist der gesamte Wochenlohn eines Arbeiters. Der ehrliche Finder wird ersucht, sich zur Jurisdiktion an Gustav Post, Treschowstr. 14, Port. I., zu wenden.

Zwei jugendliche Diebesbanden, deren eine aus Knaben, während die zweite aus Mädchen bestand, wurde von der Kriminalpolizei aufgehoben. Im Norden Berlins hatten fünf Wüchsen eine aus 15 Köpfen bestehende Schar kleiner Knirpse bis zu sieben Jahren herunter um sich versammelt, um plumpmäßig Ladentaschen und Läden auszulündern. Den Sammelpunkt bildete der Erzherzogplatz des Regiments Kaiser Alexander. An der „einsamen Pappel“ teilten die Führer die Rollen ein und versahen sie mit genauen Anweisungen. Die Raubzüge erstreckten sich ausschließlich auf den Norden der Stadt. Von dem Erlös aus der Diebstähle erhielten die jungen Mitglieder der Bande Kleinigkeiten; den Löwenanteil fiel den Anführern zu, die dann ein Bagdad nordenleben führten. Bei einem Raubzug wurde die Bande gefangen genommen. Die versöhnten jüngsten „Räuber“ wurden verwarnt, die Anführer aber in Haft genommen. Dies sind die 14 jährigen Schüler Eugen L. aus der Swinemünderstraße, der 13 jährige Max K. aus der Bollinerstraße, der 15 jährige Walter K. aus der Erzherzogstraße und der 14 Jahre alte Hermann E. aus der Bollinerstraße. — Nicht minder gefährlich war die weibliche Bande, die aus drei noch nicht strafmündigen Mädchen bestand und von der 15 jährigen Charlotte K. aus Lichtenberg eingeleitet und geleitet wurde. Ihre Eigenart bestand in der Ausführung von Taschendiebstählen, die sich bis nach Rummelsburg und Treptow erstreckten und besonders in Ladenstalten begangen wurden. Über auch gewöhnliche Taschendiebereien auf der Straße wurden nicht verschmäht. Als bei einem solchen auf der Lichtenberger Chaussee ein kleines Mädchen ertrapt wurde, legte es ein offenes Gesändnis ab. Eine Hausdurchsuchung, die bei den Eltern der Anführerin abgehalten wurde, förderte nicht weniger als 12 gestohlene Geldtaschen zutage. Charlotte K. wurde eingesperrt, die kleineren Mädchen entlassen.

Selbstmord beging gestern nachmittag der 60 jährige Rusler Theodor Gehre aus der Brinzenstr. 107. Die in geregelter Verhältnisse lebende Familie, bestehend aus Mann und Frau, erfreute sich der Achtung der Hausbewohner. Vor etwa acht Tagen trat nun Frau G. eine Reise nach ihrer Heimat in Mecklenburg an. Gestern nachmittag 5 Uhr wollte sie wieder in Berlin einsteigen. Eine Stunde vorher verließ nun Gehre seine im ersten Stock des rechten Seitenflügels belegene Wohnung und begab sich auf den Boden des Hauses. Hier zwangte er sich durch die Dachluke und stürzte sich auf den Hof hinab, wo er auf der Stelle tot liegen blieb. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Tat in geistesgestörtem Zustande verübt ist. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Bei einem Spaziergang gestorben ist am Sonntagabend um 8 Uhr der 44 Jahre alte Arbeiter Johann J. Interling, der Grimthalerstr. 21 bei einem Fuhrherrn beschäftigt war und dort auch wohnte. Er war eben erst von Hause fortgegangen, als er plötzlich auf der Straße umfiel und tot liegen blieb. Die Ursache des Ablebens konnte noch nicht festgestellt werden.

Von der Treppe abgestürzt ist die fünfjährige Maria Kant aus der Steinmehstraße 133. Das Kind wurde von einer durch den Wind zugeschlagenen Tür in den Rücken getroffen und stürzte infolgedessen drei Treppen tief hinunter. Es erlitt schwere Verletzungen am Kopf und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Aus Scham erhängt hat sich der 57 Jahre alte Zimmermann Ferdinand G. aus der Wilhelmshavenerstraße. Seine Frau und ein 22 jähriger Sohn ernährten ihn. Der Letztere bewahrte seine Ersparnisse in einem Versteck auf, aus dem der Vater ein 20 Markstück an sich nahm. Er hatte die Wohnung verlassen, wurde aber von den Angehörigen aufgefunden und nach Hause mitgenommen. Von dem Gelde hatte er etwa drei Mark verbraucht. Aus Scham darüber erhängte er sich am Freitagmittag auf dem Boden, wo er erst am Sonnabendabend entdeckt wurde.

Ein aufregender Vorgang spielte sich gestern abend gegen 7 Uhr an der Schillingbrücke ab. Ein junger 23 jähriger Mann hatte sich durch eine Wette verpflichtet, an der genannten Stelle zweimal in voller Kleidung die Spree zu durchschwimmen. Er sprang vor der Badeanstalt in das Wasser und ließ dann gellende Schreie aus, so daß sich auf der Brücke Hunderte von Passanten ansammelten, die in dem Glauben waren, daß sich der Mann in Lebensgefahr befinde. Die Aufregung steigerte sich noch, als der nunmehr kräftig schwimmende in die Kiellinie eines vollbesetzten Stern dampfers geriet, dessen Fahrgäste, beunruhigt, den Kapitän zum Stoppen des Fahrzeuges zu veranlassen suchten. Der Schiffsführer konnte nur durch eine geschickte Steuerung eine Katastrophe verhindern. Der Vorgang war auch von der Schutzmannschaft des Polizeidampfers beobachtet worden, welcher mit Vollmacht auf den Schwimmernden aufzuarth, der dann von Schutzeuten aus dem Wasser gezogen wurde. Der leichtsinnige Wursche wurde nach Feststellung seiner Personalien an das Ufer gebracht.

Ein Kind aus dem Fenster gestürzt. Am Sonntagnachmittag fiel ein sieben Monate altes Kind aus dem Fenster im zweiten Stock des Hauses Koblanderstr. 14b auf die Straße hinab. Die Eltern waren dort bei einer Kaffeebesuche und hatten die Wartung des Kindes einem 18 jährigen Mädchen übertragen, welches das Kind am offenen Fenster schaukelte und fallen ließ. Es hatte so schwere Verletzungen davongetragen, daß es auf dem Wege zur Unfallstation starb.

Feuerbericht. Wegen eines Wohnungsbrandes wurde Sonntag abend spät die Feuerwehr nach der Liebenwalderstr. 37 gerufen. Durch Unvorsichtigkeit waren dort Gardinen u. a. in Brand geraten. Gleichzeitig erfolgte ein Alarm nach Gitschinerstr. 78. In der Partellei 2 brannten Preshohlen und in der Luckauerstr. 7 Latzen u. a. Ferner hatte die Wehr in den Alten Schönhauserstraße zu tun, wo in einem Keller Kohlen brannten. Petroleum, das in der Gollnowstraße 27 in Brand geraten war, mußte gelöscht werden. Auf dem Anhalter Güterbahnhofe stand eine Lokomotive mit Preshohlen in Flammen und in der Frenzlauer Allee 27 alter Hausrat im Keller.

Radsport. Die Treptower Bahn hatte wieder einmal einen großen Tag, sowohl was sportliche Leistungen als auch die Zahl der Besucher betrifft. Zum erstenmal kam ein 100 Kilometer-Rennen mit Motorführung auf der kleinen Bahn zum Austrag, ein Rennen, das von Bruno Demke, dem Dresdener Curt Rosenlöcher und dem Pehendorfer Schulze bestritten wurde. Ein Vorgabefahren wurde von 40 Fahrern bestritten; leider kam es durch einen gegen Abend einsetzenden Regen im Tandem-Hauptfahren zu einem Massensturz, denn infolge der nassen Bahn kamen von vier Paaren drei zu Fall.

Vorgabefahren. 900 m. 40, 30, 20, 10 M. 1. Mensing (40 m Berg); 2. F. Hoffmann (50); 3. Trischlat (100); 4. Guhn-dorf (100).

Fliegermatch. 900 m. 100 M. Drei Läufe. 1. Gellermann 4 Punkte; 2. Stol und Wegener je 7 P. 100 km. Rennen. 8000 M. 1. Demke in 1 Std. 28 Min. 17 Sec.; 2. Rosenlöcher 1 Std. 29 Min. 30 1/2 Sec. (1290 m zurück); 3. Schulze 3090 m. Tandem-Hauptfahren. 1800 m. 80, 60, 30 M. 1. Vogt-Hanjen; 2. Kadogies-Kelbel (durchs Ziel gegangen). Gellermann-Jenssen und Krause-Wegener gefallen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Stadtvorordneten-Ersatzwahl. Bei der gestern vollzogenen Ersatzwahl für den verstorbenen Genossen Paul Ritschke wurde mit 452 Stimmen Genosse Emil Vöste gewählt. Die Gegner hatten von der Auffstellung eines Kandidaten Abstand genommen.

Am Dienstag hielt der Wahlverein seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung die kürzlich verstorbenen Genossen Karl Hinz, Wilhelm Fröbe und Gustav Köhler durch Erheben von den Plätzen. Neu aufgenommen wurden 72 Genossen. Sodann gab Genosse Heinrich den Bericht des Vorstandes. Danach fanden im letzten Quartal drei Ritzsteden-versemmlungen sowie eine Versammlung von Groß-Berlin in der „Neuen Welt“ statt. Redner rügte speziell die schwache Beteiligung der Rixdorfer Genossen bei der letzteren Versammlung, indem von den circa 4000 Wahlvereinsmitgliedern etwa 400 anwesend waren. Einer besonderen Kritik wurde die Haltung des „Rixdorfer Tageblatt“ anlässlich der Jaurès-Versammlung unterzogen. Es wurde dargelegt, daß es an der Zeit sei, der Rixdorfer Arbeiterschaft klar zu machen, daß sie an sich ein Verbrechen begehe, ein Blatt zu lesen, das sie ständig beschimpfe und in den Sämund ziehe. Der Vorstand wurde beauftragt, ein Flugblatt herauszugeben, das sich in diesem Sinne an die Rixdorfer Arbeiter wendet. Gleichfalls gelang eine Resolution zur Annahme, in welcher die Versammlung nach entschiedener Beurteilung der Verdächtigungen des „Rixdorfer Tageblatt“ sich verpflichtet, für die weitere Ausbreitung des „Vorwärts“ Sorge zu tragen. Dem Wunsch, in dem Flugblatt auch die Blätter vom Schlage der „Morgenpost“ und des „Lokal-Anzeiger“ in das gehörige Licht zu rücken, soll Rechnung getragen werden.

Kunnehr gab Genossen Stieler den Kassenbericht. Die Gesamteinnahme betrug 4051,84 M., davon wurden an die Kreisliste abgeführt 2701,22 M.; die Ausgaben am Orte betragen 550,70 M., mithin verbleibt ein Bestand von 799,92 M. Genosse Thomas gab den Bibliotheksbericht. Es wurden 481 Bände angeschaffen; der Bestand der Bücher betrug am 1. April 677 Bände, neu angeschafft wurden 19 Bände, während 2 Bände geschenkt wurden. Der Gesamtbestand ist demnach 698 Bände.

Hierauf wurde der Antrag des 12. Bezirks erledigt, den als Bezirksführer gewählten Genossen Müller, welcher vom Vorstand nicht befähigt wurde, durch die Generalversammlung zu bestätigen. Nach längerem Für und Wider wurde Genosse Müller seitens der Versammlung als Bezirksführer bestätigt. Wegen der vorgerückten Zeit konnte über den noch zu erledigenden Punkt: „Wie stellen wir uns zu dem neuen Organisationsentwurf?“ nicht verhandelt werden. Auf Antrag des Genossen Papel findet demnächst eine außerordentliche Generalversammlung statt, in welcher der neue Organisationsentwurf durchberaten werden soll. Der Antrag des Vorstandes auf Ausschluß des Zigarrenarbeiters Döppner wird angenommen. Als Stadtvorordneten-Kandidat für den 7. Bezirk wird auf Vorschlag des Vorstandes Genosse Voede gewählt.

Genosse Daltsch macht noch auf die im 7. Bezirk am Montag, den 21. Juli, stattfindende Nachwahl aufmerksam und ersucht, eine recht rege Agitation zu betreiben. Genosse Heinrich ersucht um zahlreiche Beteiligung an dem am Sonnabend, den 23. d. M., stattfindenden Sommerfest und schließt die recht gut besuchte Versammlung gegen 12 Uhr.

Grünau.

Beim Wildern betroffen wurde kürzlich in der Vohnsdorfer Gemeindejagd der Holzhändler Fiedler aus Weihensee. Auf dem Gebiete zwischen der Grünauer Forst und der Waltersdorfer Feldmark hatte ein Berliner Fabrikbesitzer die Gemeindejagd gepachtet. Vorgestern befand sich der Jagdwächter mit einigen Fremden auf dem Beobachtungsstande, als plötzlich ein Schuß fiel. Sofort gingen die Jäger nach verschiedenen Richtungen auseinander, um den Wilddieb zu stellen. Bald stieß man auf zwei unbekannte Personen; es war der Holzhändler F. mit einem Komplizen. Bei F. wurde unter der Westtasche ein außerordentlich fein gearbeitetes, leicht zerlegbares Gewehr an einer Kette verborgen vorgefunden. Der Holzhändler leugnete anfangs, Wilddieberei betrieben zu haben, mußte dies jedoch schließlich eingestehen, da inzwischen ein geschlossener Rehbock dicht bei den verdächtigen Schülgen aufgefunden worden war.

Lichtenberg.

Gefunden wurde beim Volksfest im Schwarzen Adler, Friedrichsberg, ein Spazierstock. Abzuholen „Vorwärts“-Expedition, Kronprinzenstraße 60.

Tegel.

Köpfigständig ausgeräumt worden ist über Nacht die Kaufantenne der Berliner Gasanstalt in Tegel. Der Dieb erbeutete drei gute Anzüge, einen Mantel, Uhren, Ringe und einige silberne Medaillen. Die Kriminalpolizei ist dem Spitzbuben, einem russischen Arbeiter Czsch, auf der Spur. Er spricht geläufig russisch, polnisch und deutsch.

Friedrichshagen.

Beim Baden ertrunken ist Sonntagnachmittag im Steinernen Fließ bei Nichtenau der 35 Jahre alte Malermeister Kellermann aus der Budowerstraße 7 in Berlin. Der Verunglückte hatte mit einigen Bekannten eine Partie nach Nichtenau unternommen und bei dieser Gelegenheit in der dortigen Badeanstalt ein Bad genommen. Beim Ankleiden vermißten ihn seine Freunde. Beim Aufsuchen der Badeanstalt wurde er als Leiche gefunden.

Nototates.

Durch die Abkennung der Umgestaltung der hiesigen Bahnstation in einen vollen Vorort-Bahnhof dürfte auch die im Interesse der Verkehrssicherheit dringend notwendige Erhöhung des Bahnkörpers in weite Ferne gerückt sein. Diefelbe sollte erfolgen, wenn die Gemeinde Kottowes und Neundorf einen Teil der Kosten dazu beitragen würden. Darüber wäre es wohl zu einer Einigung gekommen, wenn sich die Bahnverwaltung den Wünschen an Erweiterung der Station geneigt gezeigt hätte. Da dieses aber nicht der Fall war, so haben auch die Gemeinden keine Ursache, irgendwelche Kosten für eine Maßregel zu übernehmen, die hauptsächlich im Interesse der Bahnverwaltung liegt, da diese ja für etwaige Unglücksfälle, die durch den jetzigen Zustand herbeigeführt werden, haftbar ist. Jedenfalls wird unter diesen Umständen bei der bekannten Sparanleiht auch hier erst wieder der Brunnen zugedeckt werden, wenn das Kind und Wasser gefallen ist.

Karlshorst.

Wertvolle Beute fiel Vororteinbrechern in die Hände, die in die Villa eines Bankbeamten in der Prinz Auguststraße zu Karlshorst eindringen. Sie warteten, bis die Bewohner abends zwischen 8 und 7 Uhr ausgegangen waren, gelangten durch den Garten Anwendung von Dietrichen in das Innere und nahmen verschiedene Goldsachen an sich. Darunter befanden sich eine goldene Damenuhr mit goldener Kette, eine goldene Kinderhalskette, eine andere Halskette mit Perlen, Rubinen und einem goldenen Medaillon, ein Damen-Brillantring und ein Trauring mit den Reichen E. T. 13. 8. 99. — In der Nähe der Villa wurde ein etwa 25 bis 30 Jahre alter, blonder Mann mit einem dunklen Anzug beobachtet, der dann in auffälliger Weise verschwand.

Teltow.

Das Gewitter am Sonntag hat hier größeren Schaden angerichtet. Zuerst schlug der Blitz in die Scheune des Kiderbürgers Müllig ein, riß dort Balken und Steine los, um dann seinen Weg nach dem Pferdehale zu nehmen. Ein Pferd wurde erschlagen, einige andere betäubt. Der Besitzer ist versichert.

Vermischtes.

Zwei schwerere Eisenbahn-Unfälle werden vom Sonntag gemeldet; das eine hat sich bei Altenbeken, das andere auf der Strecke Eibing-Osteroode ereignet. Es liegen darüber folgende Nachrichten vor:

Altenbeken, 23. Juli. Infolge Einfallens eines großen Gesteinsstückes im großen Tunnel bei Altenbeken entgleiste heute früh 6 Uhr 50 Minuten der Personenzug 346. Sechs Personen sind leicht verletzt.

Eine weitere Meldung besagt: Altenbeken, 23. Juli. Amliche Meldung. Bei dem Unfall in dem Altenbeken Tunnel wurden 13 Reisende leicht verletzt, die sämtlich mit Zustimmung der Ärzte die Heimreise antreten konnten. Außerdem wurden verletzt ein Bahnbeamter schwer und drei leicht. Im östlichen Teile des Tunnels ist im Gestein ein großes Loch, durch welches die Gesteinsmassen herabgestürzt sind und beide Weise auf etwa 20 Meter Länge verschüttet haben. Die Dauer der Sperrung ist unbestimmt. Wahrscheinlich ist der Einsturz erfolgt durch starken Wasserandrang, hervorgerufen durch wiederholtes heftiges Unwetter und Regengüsse in letzter Zeit.

Ueber den anderen Unfall wird berichtet: Eibing, 24. Juli. Gestern nachmittag wurde auf der Strecke Eibing-Osteroode zwischen Liebenmühl und Handwalde ein Fuhrwerk von einem Zuge überfahren. Ein Herr und zwei Damen wurden getötet, eine Dame schwer verletzt. Wie die „Eibinger Zeitung“ meldet, handelt es sich um die Familie des Kaufmanns Domnit aus Liebenmühl.

Amliche Meldung. Osteroode (Ostpreußen), 24. Juli: Am Sonntag, den 23. Juli, nachmittags, wurde durch Zug 626 in Kilometer 61 der Eisenbahnlinie Eibing-Osteroode zwischen den Stationen Liebenmühl und Groß-Handwalde am Chausseebürgen ein Fuhrwerk überfahren, wobei drei Personen getötet und eine Person verletzt wurden.

Bierfaher Nord und Selbstmord. Aus Stettin wird gemeldet: Auf dem Gute Alsfarnow in Hinterpommern erdolchte in der Nacht zum Sonnabend der Schweizer Lebrecht in einem Anfall von Geistesstörung seinen Arbeitgeber, den Gutbesitzer Harloff, dessen Ehefrau und zwei Kinder. Darauf beging er Selbstmord.

Auf dem deutschen Torpedoboot, welches die Nacht „Meteor“ nach dem Ostender Hafen begleitete, ereignete sich am Sonnabend ein ernstlicher Unfall. Während die Offiziere den Besuchern die Handhabung der Geschütze erklärten, entlud sich eines derselben aus noch nicht aufgekärter Ursache, wobei ein Geschütz einem deutschen Kellner einen Arm abriß. Der Unfall rief große Aufregung hervor.

Die Explosion auf dem amerikanischen Kanonenboot „Bennington“. Der Geschießenteur des aufgelegenen Kanonenboots „Bennington“ meldete bereits im Oktober v. J., die Kessel des Schiffes seien in schlechtem Zustande. Darauf wurden die schwachen Stellen gesicht, aber wie sich jetzt herausgestellt hat, in ungenügender Weise. Der große Verlust an Menschenleben ist dem Umfange zuzuschreiben, daß sich ein großer Teil der Besatzung im Augenblick der Explosion gerade über dem Kesselhause befand. Die Gewalt der Explosion machte sich auf allen im Hafen von San Diego liegenden Schiffen durch eine schwere Erschütterung bemerkbar. An Land wurden zahlreiche Fensterscheiben zerbrochen, und allgemein glaubte man, ein Erdbeben habe stattgefunden. Als sich der Rauch und Dampf über dem ausgelegenen Schiffe gelichtet hatte, sah man Leichen und Leidenterteile und um ihr Leben kämpfende Leute von der Besatzung des Kanonenbootes das Wasser bedecken. Sofort stiegen von allen Seiten Fahrgäste nach dem verunglückten Schiffe ab, aus dessen Innern marktschreiernde Hilferufe ertönten. Die Untersuchung ergab, daß das halbe Deck des Schiffes in einem Stück weggerissen und über Bord geschleudert worden war. Außerdem war ein Teil der Seitenwand ausgeprengt. Das Kanonenboot hing schmer nach Steuerbord über und um sein Sinken zu verhüten, mußte es auf Grund gesetzt werden. Nach neueren Feststellungen sind 81 Menschen ums Leben gekommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 43. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Paritätstag zu Jena. Von Artur Stadthagen. — Die Folgen des japanischen Sieges und die Sozialdemokratie. Von R. Kautsky. (Schluß). — Die Wahlentrichtung in Dresden. Von G. Riem. — Der Ausfall der bayerischen Landtagswahl. Von Dr. Max Alberts. — Die Arbeitsverhältnisse in der Schweiz. Von Dr. J. Herz-Jerusa. (Fortsetzung). — Notizen: Die Schiffbrüche an den deutschen Küsten. Von R. v.

„Kommunale Praxis“, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber Dr. Albert Sadekm, Berlin W. 15. Die heute ausgegebene Nummer 16 der „Kommunalen Praxis“ enthält aus der Feder des Dr. Georg Well eine umfassende Darstellung der Gemeindeverhältnisse in Milhausen im Elsaß, wo bekanntlich neben 15 bürgerlichen Vertretern 19 Sozialdemokraten im Gemeinderate sitzen. Der Artikel wird unseren reichsdeutschen Parteigenossen viele willkommene Aufklärung bringen. In derselben Nummer wird die Wahlentrichtung in Lübeck einer vernichtenden Kritik unterzogen. — Stadtvorordnete Zielowitz-Frankfurt erzählt die erbauliche „röhmische“ Geschichte, bei der scharfe Schlaglichter auf die Kommunalverwaltung in Frankfurt fallen. Sehr reichhaltig ist der Rotzenteil der Heftchrift angeordnet; wir finden darin wertvolle Mitteilungen aus allen Teilen des Reiches. Unsere Gemeindevorordnete werden gewiß allezeit den Darlegungen F. Kühners-Bühlan zustimmen, wenn verlangt wird, daß dieses reiche Material auch auf Gemeindevorordnete-Konferenzen systematisch nutzbar gemacht werde. Die „Kommunale Praxis“ erscheint jeden Montag. Preisnummern sind kostenlos vom Verlage Berlin W. 15 zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Heftchrift für die Interessen der Arbeiterinnen Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist uns soeben die Nr. 15 des 15. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Für Breitschwer des revolutionären Proletariats. — Die Verlängerung der Mittagspause. Von ad. hr. — Delegiertenversammlung des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes. Von da. — Jugend und Sozialismus. Von Franz Krüger. — Er soll dein Herr sein! Von Emil Unger. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von G. L. — Generalkongress der Sozialisten. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Feuilleton: Bergpolen. Von Richard Dehmelt. (Gedicht). — Die Eigentümlichkeiten. Von Ludwig Thoma. — Zukunft. Von Richard Dehmelt. (Gedicht).

Frauen-Vergeltung: Ermordung. Von Richard Dehmelt. (Gedicht). — Unsere Gesundheit: 6. Reinlichkeit. Von Dr. Adama Lehmann. — Der Arbeitsmann. Von Richard Dehmelt. (Gedicht). — Von der Körperpflege des Kindes. Von Henr. Jätsch. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — Hygiene. — Landung. Von Richard Dehmelt. (Gedicht).

Der „Wahre Jakob“ hat soeben die 15. Nummer seines 22. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Pro Patria“ und der „Admiral des Stillen Ozeans“, sowie die Illustrationen „Zwei Welten“, „König Oskar und sein Thron“, „Wilhelms Redeverbot gegen Jaurès“, „Fermwirkung“, „Wahrschaf kommt“, „Der Fußball“ (Berliner Leben IV), „Das Kolonialschiff der Weltmacht“, „Der lokale Bernhard“, „Das neue Bergarbeiter-Kriegs- und „Der verfahrenen Karren“. Außerdem enthält die Nummer die Wiebergabe eines sehr guten Bildes von Elise Reclus nebst einem Nachruf für denselben. Der zeitliche Teil der Nummer bringt die Gedächtnis: „Die rote Flagge zur See“, „Das getretete Vaterland“ von Erich Mühsam, „Die Heideblüte“ (Illustriert), „Der Gang der Freiheit“, „Der Nordprophet“, „Danfbarkeit“, „Des Schmitzers Ende“ von Ludwig Feßen, „Realistische Patrioten“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletonen „Impression in der Hölle“ und „Meister und Schüler“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Straubes offizielle Begebenheiten vom Vrieten, Niesen- und Vergebliche, Ausgabe A und B. (Geogr. Institut und Landkarten-Verlag Jul. Straube, Berlin.)

Schwarzer Adler
Friedrichsberg
 Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).
 Stadtbahnstation Frankf. Allee. Inh.: Gehr. Arnhold. Fernspr. Friedrichsberg No. 8.

Heute sowie jeden Dienstag: **Gr. humor. Soiree** der beliebten **Führmann-Walde-Sänger.**
 Sensationell! **Friedrichsberg auf Walzen!** Neu! Neu!
 18 darstellende Personen. 37372
 Anfang 8 Uhr. Konz. und Passpartouts zahlen 20 Pf. nach. Entree 40 Pf.
 Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.**
 Freitag, den 28. Juli: **Gr. Militär-Konzert** der Garde-Pioniere. Musikdirektor: R. Rühle.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.
 Bureau: Berlin O. 54, Dragonerstr. 15, H. I. — Telefon: Amt III. Nr. 5028.

Mittwoch, den 26. Juli 1905, abends 8 1/2 Uhr, in den „Industrie-Sälen“, Benth-Strasse 20:
Außerordentliche Versammlung
 der Zimmerer Berlins.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Die Entwicklung der Krankenfürsorge in Deutschland und die Verhältnisse in den Krankenkassen des Zimmerergewerbes“. Referent: Kamerad Th. Fischer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Der Vorstand des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend. S. U.: Albert Juppenlatz.

Schweizer-Garten.
 Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater
 und **Spezialitäten-Vorstellung.**
Volksbelustigungen.
 Jeden Abend 10 Uhr:
Der Fluch des Goldes.
 Volksstück mit Gesang in 3 Akten.
 Jeden Mittwoch: **Kinderfest** mit Großserelung.

Otto Pritzkwos
Abnormitäten-Ausstellung
 Münzstr. 16.
 Neu ! ! ! ! ! Neu
? Mne-Mno-Mni ! ?
 frei in der Luft fliegende
 ? Türkin ?
 Anatom. Ritsol. Med. Wunder.
 Neu renoviert! Neu renoviert!

Was macht der kleine
Gräber ???
 Lychenerstr. 13.
 Weiß- u. Bayerisch-Bierlokal.
 10033

Das größte Brot für 50 Pf.
 Backform: 6 Stück 10 Pfennig in
Albrechts Bäckereien:
 Braugelstr. 135, Krautstraße 19,
 Waldenstraße 28, Panzerstr. 2,
 Markthalle Südstr., Stand 222/23,
 Markthalle Südstr., Stand 16/18,
 Zentrale: Bogdamerstr. 13.

Dr. Simmel, Prizon-
 Str. 41,
 Spezialarzt für
 15/11*
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

wohnt jetzt:
Dr. Lell Rosenthaler-
 strasse 26 II.
 Gombopatz und Spezial-Arzt
 für Haut-, Darm- und Geschl.-Leiden.
 11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.

Würzburger Hühneraugenmittel
 von Dr. H. Unger-Würzburg. — 20 Pf.
 In Berlin:
 Salomon-Apothek, Charlottenstraße,
 Groß-Apothek, Bernauerstr. 33.
 In Breslau: 3612L*
 Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 43

Wer-Stoff-hat,
 fertige Herrenanzug, 20 R., ohne
 Konfirren, feinste Stoffe, 2 Andr.
 Für guten Sitz, belam gold. Webstoffe.
Ludwig Engel, Prenzlauer-
straße 23, II. (Alexanderplatz).
 — Begründet 1892. 16692

Gänsefedern 60 Pf.
 1/2 Pfund (goldene zum Neuen).
 Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans
 fallen, mit allen Daunen III. 1,50,
 1/2 Pfundiger Gänsefeder III. 2,00,
 bessere Schlachtfedern III. 2,50,
 3,00, beste schwarze III. 3,50,
 russische Daunen III. 3,50, weiße
 böhm. Daunen III. 1,50, 2,00,
 2,50, Prima gefüllte III. 3,00,
 3,50, Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S.,
 Prinzenstraße 46a.
 Erste Bettfedernfabrik in Deutschland.
 Vertriebs- u. Versandanstalt.

Kranz- und Blumenbinderei
 von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Strasse 2.
 Vereins-Kränze, Rahmen- u. Blumen-
 Strangements, Tafeln, Giebeln
 usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
 Zweigverein Berlin.
Bezirk Südwesten.
 Dienstag, den 25. Juli 1905, abends 8 1/2 Uhr, bei Gabel,
 Bergmannstraße 5/7:
Mitglieder-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Saage über: „Entwicklungsgeschichte des
 Baufaches und der Erde“. 2. Bericht aus der Ob- und Vertretung.
 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Verhandlungs-
 stempel mitbringen. 147/7
 Die Bierstättung.

Bauhandwerker-Krankenkasse
 für Berlin und Umgegend. (G. D. Nr. 118).
 Laut Beschluss der kombinierten Sitzung vom 30. Juni 1905 findet die
General-Versammlung
 am Donnerstag, den 27. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr, in Dräsel's
 Festsaal, Neue Friedrichstr. 35, statt. 38/38
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung des Kassierers vom ersten halben Jahr 1905 und Revisions-
 bericht. 2. Lohnfestsetzung des ersten Kassierers. 3. Regelung der Haft-
 stellen und Wahl sämtlicher Kassierere. 4. Innere Kassenangelegenheiten.
 NB. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Mitgliedsbuch legitimiert. S. U.: G. Mehl.
 Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

SPREE-HAVEL-GESELLSCHAFT
 Dampfschiffahrt-Gesellschaft Potsdam
 Täglich außer Sonnabend und Sonntag:
Dampfer-Sonderfahrten mit Musik nach „Waltersdorfer Schloß“.
 Große Spielplätze, herrlicher Hochwald.
 Gute bürgerliche Küche. 37362*
 Abfahrt nachmittags 2 1/2 Uhr vom Brandenburger Ufer, Bannowbrücke,
 gegenüber Weidewer.
 Ein- u. Rückfahrt 0,50 Pf., Kinder 0,25 Pf.
 Fahrkartenverkauf auf dem Dampfer „Waltersdorf“.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme am Zedlauer.
 (Endstation der „Stern“-Dampfer.)
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
 Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes
 Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
 Ausspannung und Dampferstige, Regalbahnen, große Kasselei.
 Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Josetti Cigaretten
 Erstklassige deutsche Fabrikate.

Erfrische Dich!
 das Aroma frischer
Reichel's Fruchtsyrup-Extrakte, Früchte enthaltend.
 1 Originalfl. zu 75 Pf. gibt 5 Pfd. feinsten Limonadensyrup.
 von wahrhaft natürlichem
 Fruchtgeschmack in **Himbeer, Kirsch, Erdbeer,**
Zitronen, Johannisbeer, Ananas, Waldmeister
 (Mairweisse), Limetta etc.
 Zum Versuch 1/2 Fl. 40 Pf. **Die Ersparnis ist enorm!**
 Ein Pfund stellt sich fix u. fertig auf noch nicht 30 Pf.
Bier-Extrakte aus bestem Hopfen und Malz
 zur Biererzeugung im eigenen Haushalt
 Flasche 50 Pf. für 25 Liter Braubier und je 12 1/2 Ltr.
 Weißbier. Weizenbier u. Malzbier 50 Pf., Doppel-
 malzbier Fl. 75 Pf. Wertvolle illustrierte Broschüre
 „Die Deszillierung im Haushalt“ gratis!
 Erhältlich in durch Schilder kenntlichen Drogerien, wo nicht Versand
 durch 3846L
Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.
 Größte Spezialfabrik Deutschlands.
 Man verlange ausdrücklich Reichel-Essenzen mit dem
 „Lichterkreuz“, denn diese sind altbewährt und allein echt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
 Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Mittwoch, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von
 Duggenhagen (Wortplatz), Oranienstr. 147:
Mitglieder-Versammlung
 für Mechaniker, Uhrmacher, Optiker und alle in den
 Betrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Verbandsrat. Referent:
 Kollege Gutsch. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Stechert, Andreasstr. 21:
Klempner-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung vom Verbandsrat. 120/17
 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert für diese Versammlung
 das Erscheinen jedes Kollegen.
 NB. Die Kollegen der Firma Dreßler sind besonders eingeladen.

Mittwoch, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Dresdener Garten“,
 Dresdenerstraße Nr. 45:
Versammlung
 der Gold- u. Silber-Arbeiter und verw. Berufsgenossen.
 Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung vom Verbandsrat. Re-
 ferent: Kollege Handke. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, recht zahlreich zu er-
 scheinen.

Mittwoch, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Schellhase,
 Alhornstraße Nr. 15:
Bezirks-Versammlung für Steglitz und Umgeg.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Jakobson über: „Das
 Wirtschaftssystem des Reichens“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegen-
 heiten und Verschiedenes.
 Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Zur Beachtung! Die Bibliothek Villwock wurde nach dem Lokale
 von Bugge, Kottbuser-Allee 95/96, sowie die Bibliothek von Mein-
 hard in Reinickendorf-Cf. nach dem Lokale von Nicolai, Reichen-
 strasse 137, verlegt.
Achtung! Bibliothek. Achtung!
 Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß wegen Vornahme von
 Inventur keine Bibliotheksbücher mehr abgegeben werden.
 Die Mitglieder, welche noch im Besitz von Bibliotheksbüchern
 sind, werden ersucht, dieselben so schnell wie möglich abzuliefern.
 Die Bibliothek befindet sich im Verbandsbureau, Engel-
 Ufer 15 I, und ist täglich während der Bureaustunden
 von 9-1 Uhr vormittags und von 4-7 Uhr nachmittags geöffnet;
 Dienstags und Freitags außerdem von 7-9 Uhr abends. — Sonn-
 abend nachmittags und Montag nachmittags ist die Bibliothek ge-
 schlossen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Berlin. 24/10
 Morgen Mittwoch, den 26. Juli, abends präzis 8 1/2 Uhr,
 im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Ordentliche
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Ersatzwahl zur Ortsverwaltung.
 3. Renewal der Rechtschutzkommission. 4. Bericht der Delegierten von der
 Gewerkschaftskommission und Renewal derselben. 5. Verbands-Angelegen-
 heiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
 Das vollständige und pünktliche Erscheinen der Kollegen und
 Kolleginnen erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Donnerstag, den 27. Juli 1905, abends 8 1/2 Uhr,
 bei Keller, Kopenstraße 29:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht vom zweiten Quartal. 2. Bericht des
 Vorstandes, der Arbeitsvermittler, des Obmannes der
 Schlichtungskommission, der Werkstattkontrollkommission
 und des Bibliothekars. 3. Der Jahresbericht der Gewerk-
 schaftskommission. 4. Ersatzwahlen zur Ortsverwaltung.
 5. Anträge, Verbandsangelegenheiten.
 Nur Eintritt mit Mitgliedsbuch!
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
 Die Ortsverwaltung. 89/11

Worben Sie beim Einkauf ausdrücklich
Dänischen
Kapitän-Kautabak
 früher Anker-Kautabak
 und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden
 am besten schmeckt. 8943L*
 Nur echt, wenn jedes Stück den Heißel enthält mit Aufschrift:
„Dänischer Kapitän-Kautabak“
 = = gefällig geschätzt 75 658 = =
 Alleinverkauf: C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 112.
 Wer mit seinem dicken Kautabak nicht zufrieden ist,
 versuche „Kapitän Mellem's“ in Stangen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Kernmacher
Anton Bartolzyk
 am 21. d. M. gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 26. Juli, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 halle des Charité-Kirchhofes in
 der Seefraße aus statt.
 Regre Beteiligung erwartet
 120/16 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband
 d. Zimmerer Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin und Umg.
 Bezirk 20.
 Allen Kameraden zur Nach-
 richt, daß unser Mitglied
Wilhelm Vogler
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 nachmittags 4 Uhr auf dem Wilmers-
 dorfer Kirchhofe, Berlinerstraße,
 statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 256/8 Der Vorstand.

Zentral-Verband
 d. Zimmerer Deutschlands
 Zahlstelle Berlin u. Umgegend.
 (Bezirk 4.)
 Allen Kameraden zur Nach-
 richt, daß unser langjähriges Mit-
 glied
Otto Knopf
 bei der Arbeit tödlich verunglückt ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von
 der Leichenhalle des Markus-Kirch-
 hofes in Hohen-Schönhausen aus
 statt. 255/9
 Um rege Beteiligung bittet
 Der Vorstand.

Zentral-Kranken-u. Sterbekasse
 der Zimmerer.
 (G. D. Nr. 2, Hamburg.)
 (Erläuternde Verwaltungsstelle
 Berlin 3.)
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß das Mitglied
Otto Knopf
 am 17. Juli an einem Betriebs-
 unfall verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mitt-
 woch, den 26. Juli, nachmittags
 3 Uhr, von der Leichenhalle des
 Markus-Kirchhofes in Wilhelm-
 berg aus statt. 250/9
 Der Vorstand.

Verein für Frauen u. Mädchen
 der Arbeiterklasse Weißensee.
Todes-Anzeige.
 Am 23. Juli verstarb unser
 treues Mitglied
Frau Elise Harms
 geb. Telle.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mitt-
 woch, den 26. d. M., vom Trauer-
 hause Wilhelmstr. 49 aus nach
 dem Weihenker Friedhof, Köpen-
 straße, statt.
 Um rege Beteiligung bittet
 291/18 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
 zur Nachricht, daß meine liebe
 Frau
Elise Harms
 geb. Telle
 nach langem Leiden am Sonntag
 früh 5 Uhr vom Tode erlöst wurde.
Th. Harms nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am Mit-
 wochabend 6 Uhr vom Trauer-
 hause Wilhelmstraße 49 aus statt.

Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß mein
 lieber Mann, unser guter Vater,
 Schötegerwader und Großvater,
 der Pauer
Karl Müller
 im 81. Lebensjahre am 22. Juli
 nachmittags 8 Uhr sanft er-
 schlafen ist. 221b
 Dies zeigt tiefbetrubt an die
 trauernde Witw. Franziska Müller.
 Die Beerdigung findet am
 26. Juli, nachm. 4 Uhr, von der
 Leichenhalle des Gethsemane-
 Kirchhofes, Nordend, aus statt.

Danksagung.
 Für die Beweise der liebevollen
 Teilnahme und der herrlichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meines
 am 19. d. M. verstorbenen Frau
Auguste Scharf
 sage ich allen Freunden, Kollegen und
 Genossen meinen herzlichsten Dank.
 320/5 **Aug. Scharf.**

